

# Oberhausener 1 Demokratie zeitung 3



Bohren bis ins Knochenmark – Gene widerlegen Rassentheorien  
Seite 4



Radikalisierung beschleunigt sich durch Verschwörungserzählungen  
Seite 7



Friedensdorf Oberhausen: Bildung vermitteln, um Frieden zu schaffen  
Seite 16

## Liebe Leserinnen, liebe Leser!

„Dies ist ein Morgen, an dem man es bereut, aufgewacht zu sein!“, schreibt die russische Sängerin Manischa am 24. Februar 2022. Mit dutzenden russischen Sport- und Künstler\*innen demonstriert sie am gleichen Tag gegen den Angriffskrieg auf die Ukraine. Nur zwei Wochen später werden die Schaufenster eines russischen Lebensmittelgeschäfts in Oberhausen mit antirussischen Parolen beschmiert. Das lässt uns schauern, es erinnert an längst vergangene Zeiten der Nazi-Diktatur. Ja, es ist einfacher, Parolen auf Fenster zu schmieren als eine Tür zu öffnen und mit den Menschen dahinter zu sprechen. Genau davon aber lebt eine Demokratie. Sie lebt vor allem von der Kommunikation aller Menschen. Da sind wohl noch viele Hindernisse zu überwinden.

In der dritten Ausgabe der Demokratie-Zeitung schreiben wir genau darüber. Wann lernen wir eigentlich „Demokratie“? Ein Bericht über einen Nachmittag, angefüllt mit Workshops zu dieser Frage. Wir beschreiben das Leben des Pfadfinders Alfons Krist, dem ein neuer Stolperstein gewidmet ist. Sie erfahren viel über die Forderung der Jenaer Erklärung, den Begriff „Rasse“ endlich aus dem Grundgesetz zu streichen. Rechtsextreme und Rechtspopulisten stellen sich mit ihren Parolen bei „Aufmärschen“ gegen die Demokratie. Darüber schreibt Katharina Nocun und warnt vor einer Beschleunigung der Radikalisierung. Wenn am 15. Mai ein neuer Landtag in NRW gewählt wird, gehen Sie natürlich wählen. Nachdem wir mit Ihnen so viele Hindernisse überwunden haben, dürfte das ein Leichtes sein! Eine gute Landtagswahl wünscht  
Die Redaktion



links: Die Aktion fällt sofort ins Auge, denn etwas ist anders an dieser Sitzbank. Auf Anregung der AWO sind Bänke im Stadtbild aufgestellt worden, bei denen ein Platz frei bleibt. Denn die Bank setzt ein deutliches Zeichen gegen Rassismus.

## QUER NACH RECHTS

von Alexander Häusler

**Im Laufe der Corona-Pandemie entfaltete sich ab dem März des Jahres 2020 Protest gegen staatliche Maßnahmen zu deren Eindämmung. Von Berlin ausgehend verbreiterte sich das Protestgeschehen bundesweit und bot zunehmend auch Rechtsextremen eine Gelegenheit zum Mitwirken. Bilder von Demonstrant\*innen mit Reichskriegsflaggen, die Mitte des Jahres 2020 bei einer Großdemonstration das Reichstagsgebäude zu stürmen versuchten, verdeutlichten öffentlichkeitswirksam die demokratiefeindliche Stoßrichtung dieser Proteste.**

Zu Beginn der Proteste herrschte noch Unklarheit über die politische Ausrichtung der Akteur\*innen. Zunächst unter dem Namen „Hygiene-Demos“, danach meist als „Querdenken-Demos“ bezeichnet, verbreitete sich dieser Protest im Laufe des Jahres ausgehend von Berlin über Stuttgart bundesweit und entwickelte sich zu einer neuen Protestbewegung. Nachdem die Proteste im Jahr 2021 zunächst abflauten, erwirkte die Debatte um die Impfpflicht seit Ende letzten Jahres eine erneute Zunahme der Demonstrationsaktivitäten. Erste

Untersuchungen der Protestbewegung verwiesen darauf, dass Wissenschaftsfeindlichkeit, Verschwörungsgedanken, Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit Eingang in das Protestgeschehen gefunden haben. Besonders in den ostdeutschen Bundesländern ist eine Ra-

„Schleichende Akzeptanz demokratiefeindlicher Ansichten.“  
Alexander Häusler

dikalisierung des Protestgeschehens zu verzeichnen und hat u.a. auch neuen rechtsextremen Parteien wie den „Freien Sachsen“ Zulauf verschafft. Aus Sicht der wissenschaftlichen Protestforschung wurde die Anti-Corona-Bewegung als „Misstrauensgemeinschaft“ sowie als eine „postdemokratische Empörungsbewegung“ gekennzeichnet.

Eine Auswertung des Protestgeschehens in NRW zeigt, dass sich die Proteste auch zu einem Magnet-

für das politische Rechtsaußenspektrum entwickelt haben – von der AfD über die rechtsextremen Parteien NPD, Die Rechte und Der III. Weg bis hin zu staatsfeindlichen „Reichsbürgern“, Hooligans und weiteren rechtsextremen Seilschaften. Zentral für die Protestierenden ist ihre Forderung nach Rückgewinnung ihrer „Freiheit“ gegenüber einer behaupteten „Corona-Diktatur“. Dabei wird das eigene, unsolidarische Ablehnen von Schutzmaßnahmen wie Masken-Tragen oder 3-G-Regeln als Freiheitsrecht und Recht auf Selbstbestimmung verklärt. Hier kommt eine Umdeutung des Freiheitsbegriffs zum Ausdruck, indem staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie als „Ermächtigungsgesetz“ diffamiert werden, gegen die die Pandemie-Leugner\*innen mit Bezugnahme auf Art. 20, Abs. 4 GG das „Recht auf Widerstand“ in Anspruch zu nehmen versuchen. Daraus ergeben sich grundgesetzfeindliche Forderungen nach Errichtung einer „verfassungsgebenden Versammlung“ durch die „Querdenker“-Bewegung, die u.a. dazu geführt haben, dass diese sich zu einem Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes entwickelt hat. Auch eine geschichtsverdrehende Verharm-

losung der Judenverfolgung prägt die Bewegung insofern, als dass dort wiederkehrend „Judensterne“ mit dem Aufdruck „ungeimpft“ zur Schau gestellt wurden, was die Botschaft vermitteln soll, heutige Impfgegner\*innen würden einer Verfolgung ausgesetzt wie die Juden und Jüdinnen zur Zeit des Nationalsozialismus.

Ein weiteres Merkmal der Protestbewegung ist eine dort weit verbreitete Verschwörungsgläubigkeit: Es werden angeblich geheime Mächte für die Entstehung der Pandemie erfunden oder deren Existenz gar als wissenschaftliche Erfindung angezweifelt. Verbreitung finden dort auch abstruse Schauermärchen wie die sogenannten „QAnon“-Verschwörungserzählung. Sie beinhaltet, dass angeblich hochrangige Vertreter\*innen der demokratischen Partei aus den USA in Kooperation mit dem Milliardär George Soros und weiteren hochrangigen Personen aus Staat und Wirtschaft mittels eines Putsches die Machtübernahme anstrebten. Diese globale Elite, die mal als Tiefer Staat, mal als Kabale bezeichnet wird, kontrolliere nicht nur Regierungen und das Bankensystem, sondern auch die katholische Kirche, Pharma-Unternehmen sowie Medien und Unterhaltungsindustrie, insbesondere Hollywood – mit dem Ziel der Unterwerfung und Versklavung der Menschheit. Besondere moralische Verkommenheit wird diesem Kreis durch die Behauptung

Lesen Sie weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

tung zugeschrieben, sie seien am Handel mit Kindern und an deren sexueller Misshandlung beteiligt. Ein solcher Verschwörungsglaube paart sich innerhalb der Bewegung mit einer dort weit verbreiteten

„Anteil von  
10 Prozent organisierter  
Rechtsextremisten“

Verfassungsschutz  
NRW

Wissenschaftsfeindlichkeit. Sie wird durch eine verschwörungsgläubige „Wahrheitsbewegung“ geschürt, die Wissenschaft und die sogenannte „Mainstream-Medien“ ablehnt und in sozialen Netzwerken wie Telegram und in

Internetportalen zur Verfestigung eines wissenschaftsfeindlichen Verschwörungsglaubens beiträgt. Dabei wird die Existenz eines sog. „Alternativen Wissens“ beschworen, das auch von Rechtsaußenparteien wie der AfD in Anspruch genommen wird, aus deren Umfeld in NRW sog. „Alternative Wissenskongresse“ veranstaltet wurden, um Verschwörungsgläubige für ihre politischen Ansichten zu gewinnen. Ein weiteres Merkmal der „Querdenker“-Bewegung ist, dass es auch im grün-alternativen Milieu Anhänger\*innen von Impfgegnerschaft und ganzheitlicher Medizin, von Anthroposophie, Esoterik, Wissenschaftsskepsis und schlichtem politischen Querulanten gibt, die nun im Sog von „Querdenken“ neue Zugehörigkeiten und politische Anker gefunden haben.

Im Zuge des Protestverlaufs haben sich Parteigründungen vollzogen in dem Bestreben, den Protest auch parteipolitisch zu organisieren. Nachdem die Partei „Widerstand 2020“ bei Wahlen keine nennenswerte Zustimmung erzielen konnte, hat sich aus diesem Kreis die Partei Die Basis formiert, die jedoch ebenfalls bei Wahlen bislang erfolglos gewesen ist. Ob eine

offen rechtsextreme Partei wie Die freien Sachsen auch als mögliche neue Rechtsaußenformation in NRW Wirkung entfalten könnte, erscheint aktuell zweifelhaft.

„Aus Nicht-Abgrenzungen  
entwickeln sich  
demokratiefeindliche  
Ansichten.“

Alexander Häusler

Umfragen und Untersuchungen verweisen auf den Umstand, dass bei befragten Teilnehmenden der Corona-Proteste ein überproportionaler Teil im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung Sympathien zur Rechtsaußenpartei AfD bekundete. Zudem warnen Presseberichte und Aussagen von Sicherheitsbehörden vor gefährlichen Entwicklungen: Pressevertreter\*innen sind demnach zunehmender Anfeindung ausgesetzt, und es mehren sich Anzeichen für eine Steigerung gewalttätiger Radikalisierung. Selbst terroristische Gewalt ist

aus Sicht des Verfassungsschutzes nicht auszuschließen – der durch einen Maskenverweigerer verübte Mord an einem Tankstellenmitarbeiter in Idar-Oberstein verdeutlicht in erschreckender Weise das aus diesen Kreisen erwachsene Gewaltpotenzial.

Im Kontext der Debatte um eine Impfpflicht hat sich das Protestgeschehen erneut ausgeweitet, die Teilnehmenden kommen aus unterschiedlichen politischen Spektren. Unter der erweiterten Anhängerschaft der Protestierenden befinden sich u.a. Gegner\*innen der Impfpflicht, die nicht zugleich auch die Pandemie leugnen, Verschwörungserzählungen verbreiten oder gar rechtsextreme Ansichten vertreten. Für NRW schätzt der Verfassungsschutz den Anteil organisierter Rechtsextremer auf ca. 10 Prozent ein. Daher muss kritisch darauf hingewiesen werden, dass durch das Protestgeschehen der Handlungsspielraum für Demokratiefeind\*innen, Antisemit\*innen und Rechtsextreme vergrößert wird. Zudem ist zu bedenken, dass durch Nicht-Abgrenzung und fehlendes kritisches Hinterfragen von Behauptungen in diesen Kreisen eine Normalisierung und schleichende Akzep-

tanz irrationaler, egoistischer und demokratiefeindlicher Ansichten ermöglicht wird.



Alexander Häusler ist Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf ([www.forena.de](http://www.forena.de)). Er forscht zu aktuellen Erscheinungsformen im Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Herausgeber mehrerer Veröffentlichungen. Mitverfasser des „Kommunalen Handlungskonzeptes gegen Rassismus und Rechtsextremismus für die Stadt Oberhausen“



## EIN STARKES ZEICHEN Schüler\*innen und für den Frieden

Der von Wladimir Putin angeordnete Überfall Russlands auf die Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg. Er zeigt deutlich auf, dass Putin nicht davor zurückschreckt, seine politischen Ziele und seine Vision eines starken und großen Russlands auch mit militärischen Mitteln und grausamen Methoden durchzusetzen.

Der Krieg gegen die Ukraine verunsichert die ganze Welt. Auch in Oberhausen machen sich viele Menschen Sorgen um die Zukunft. Sie haben Angst, dass die Situation eskaliert und wünschen sich natürlich für die Menschen in der Ukraine eigentlich nur eins: Eine Beendigung des Krieges und Frieden. Um diesen Sorgen und ihrer Sehnsucht nach Frieden Ausdruck zu verleihen, kam die Schülervertretung um Max Fust und Max Kersch des Elsa-Brändström-Gymnasiums auf die Idee, mit an-

deren Schulen ein gemeinsames Zeichen für den Frieden zu setzen. Mit Unterstützung ihrer Schulleiterin Alice Bienk organisierten sie eine Menschenkette quer durch Oberhausen.

Fast alle Schulen in Alt-Oberhausen haben sich am 21. März an dieser eindrucksvollen Friedensaktion beteiligt, etliche hunderte Schüler und Schülerinnen nahmen teil. Begleitet wurde die Aktion von den Oberhausener Kirchen, die zum gleichen Zeitpunkt die Glocken läuteten. Am Rande der Menschenkette kam es auch zu Begegnungen von Kindern aus Russland und Kindern, die wenige Tage zuvor als Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in Oberhausen gestrandet sind. Dabei wurde deutlich, dass Kinder sich in solchen Dingen schnell einig sind: Alle Menschen auf dieser Welt wünschen sich Frieden – und der Krieg in der Ukraine muss beendet werden.

## Die Freiheit, Egoist zu sein

von Felix M. Steiner

Als ich neulich in den Untiefen des Internets mal wieder in der Querdenker:innen- oder vielleicht besser Pandemie-Leugner:innen-Szene unterwegs war, traf ich auf einen Kommentar mit bestechender Logik: Man würde ja für „Freiheit, Frieden und Souveränität“ demonstrieren, also könne man wohl kaum „rechts“ oder „Nazi“ sein. Und in der Tat würde ich dem anonymen Kommentator in der Hinsicht zustimmen, dass zur Beurteilung der aktuellen Pandemie-Leugner:innen-Proteste der Begriff „Nazi“ nicht wirklich passt. Versteht mich da nicht falsch, da sind haufenweise klassische Neonazis dabei, viele haben sogar organisatorische Aufgaben oder versuchen mindestens aus dem Hintergrund die Proteste zu lenken, aber wir werden mit dem Begriff den Protesten analytisch nicht gerecht. Aber sehr wohl sollten die Menschen, die ganz freiwillig in die Ecke der rechten Rattenfänger gelaufen sind, um mit denen Seite an Seite zu demonstrieren, endlich aufhören, sich „in die rechte Ecke“ gestellt zu fühlen. Dafür tragen sie schon ganz allein die Verantwortung. Sie hatten ja die Freiheit, sich zu entscheiden. Und da ist es wieder, eines der tollen Symbolworte, welches die Pandemie-Leugner:innen wie eine Monstranz vor sich hertragen: „Freiheit“. Es fühlt sich sicher gut an, mit seinem Protest hinter solch positiv besetzten Begriffen zu stehen, immerhin wähnt man sich ja im Kampf gegen eine „Diktatur“ und im Kampf für die „Freiheit“. Dies auf zumeist unangemeldeten Demonstrationen, die von der Polizei in der Regel nicht gestoppt werden, zu behaupten, setzt schon eine recht eigene Wahrnehmung der Realität voraus. Und am Ende geht es natürlich auch nicht um den Kampf gegen irgendeine imaginierte Diktatur, die man ohnehin nur behauptet, um die parlamentarische Demokratie zu delimitieren.

Am Ende geht es schlicht um den eigenen Egoismus. Dass wir endlich alle die Pandemie beenden wollen, um wieder freier leben zu können, ist klar. Aber die einen fordern ihre individuelle Freiheit in Form ihres Egoismus und die anderen eine gesellschaftliche Freiheit durch solidarisches Verhalten. Die Debatte über die Impfpflicht hat dies nochmal deutlich gezeigt. Dabei geht es nicht um die Frage, ob man dafür oder dagegen ist, sondern man sieht deutlich, wie wenig sich die Argumentationen der selbsternannten Querdenker:innen geändert haben. Schon bei der Maskenpflicht waren es dieselben Argumente: Die Maske helfe eh nicht, die Maske sei gefährlich und – das darf für die Emotionen keinesfalls fehlen – die Maske tötet Kinder. Dazu noch ein ganzer Haufen Fake-News und unwissenschaftliche Vergleiche. Diese Debatte fand im Frühling/Sommer 2020 statt und man könnte in den Texten der Pandemie-Leugner:innen fast problemlos einfach das Wort „Maske“ gegen das Wort „Impfung“ austauschen. Um den Austausch von Argumenten ging es dabei ohnehin nur den Wenigsten. Wer so frei gegen eine solidarische Gesellschaft arbeitet, sollte dann aber ebenso frei sein und Intensivbett und seine Reha selbst zahlen (wollen). Bleibt alle gesund!



Felix M. Steiner berichtet seit mehr als zehn Jahren als Journalist über die extreme Rechte in Deutschland und schreibt u.a. seit vielen Jahren für den Störungsmelder von ZEIT ONLINE.

**Für Toleranz und Vielfalt**



**Antikriegstag**

Auch in Oberhausen wird am 1. September der Antikriegstag in Erinnerung an den deutschen Überfall auf Polen und damit den Beginn des Zweiten Weltkrieges begangen. Veranstaltet vom Gewerkschaftsbund (DGB) sowie der Gedenkhalle Oberhausen steuerten im letzten Jahr Schülerinnen und Schüler des Bertha-von-Suttner-Gymnasiums einen Beitrag bei. Sie stellten die Frage, warum es überhaupt Kriege gibt und nicht die Menschlichkeit an oberster Stelle steht.

**Für Vielfalt und Toleranz**



**Schulen in demokratischer Bewegung**

Die sehr gut gefüllte Mensa der Fasia Jansen-Gesamtschule machte das Interesse an dem Thema deutlich. Viele Lehrkräfte, Sozialpädagoginnen und -pädagogen sowie Fachkräfte des Offenen Ganztages aus Grundschulen nutzten das Angebot des Netzwerks für Vielfalt und Toleranz, um sich zu den Themen Kinderrechte und Demokratie zu informieren und auszutauschen.

Bereits zu Beginn machte Benjamin Ülsberg von Kommunalen Integrationszentrum deutlich, worum es an diesem Nachmittag gehen wird: „Wir möchten zum Austausch anregen, einige inhaltliche Grundlagen vermitteln und Praxisbeispiele darstellen. Voneinander lernen ist auch für Verantwortliche in Grundschulen wichtig.“ Dies untermauerte Frau Stroetmann von der Landeskoordination der Kinderrechteschulen. In ihrem Referat brachte sie es auf den Punkt. Kinderrechte sind keine Angelegenheit von Zufälligkeit, sondern Kindern stehen Rechte der Mitbestimmung und Beteiligung zu und wir sind verpflichtet, sie dabei zu unterstützen.

Am Beispiel der Schule am Siedlerweg wurde erzählt, wie dort Kinderrechte in die Tat umgesetzt und gelebt werden. Die Kinder sind an wichtigen Entscheidungen beteiligt. „Ihre Meinung wird bei uns auf Augenhöhe ernst genommen“ erläuterten die Pädagoginnen. Herausragend finden sie, dass die Kinder Demonstrationen gegen Elterntaxis organisieren, weil sie die zugeparkten Straßen als Gefahrenquelle für sich selbst ansehen.

Nach den einleitenden Vorträgen gingen die Teilnehmenden in sehr unterschiedliche Impulsrunden. Neben der Vertiefung des Themas Kinderrechte gab es Angebote der Stadtbibliothek, Austausch zum Thema Urteilskompetenz von Kindern, Mitbestimmung bei Mensaplänen und Mensaeissen sowie Beispiele zum Thema „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Nach dem schönen Erfolg dieser ersten Veranstaltung wird das Netzwerk weitere Angebote und Veranstaltungen vorbereiten. André Wilger von NRWeltoffen Oberhausen dazu: „Wir haben gemerkt, dass der Bedarf an solchen Austauschtreffen hoch ist und werden auch in Zukunft hierzu Angebote machen.“

**GEMEINSAM FÜR EINE KLIMAGERECHTE GESELLSCHAFT**

von Eileen Krauß

**Anfang 2022 befinden wir uns im dritten Jahr der Corona-Pandemie und die Hoffnung auf echten Wandel hin zu Klimagerechtigkeit hat nach den Ergebnissen der Bundestagswahl deutliche Dämpfer bekommen. Die Landtagswahl in NRW steht im Zeichen von global stark ansteigenden Emissionen, einer EU-Taxonomie, die Atomenergie und Erdgas als nachhaltig einstufen will, und dem Kampf um das Dorf Lützerath, das durch zivilen Widerstand vor den Kohlebagern von RWE gerettet werden sollte.**

„Parents for Future“ ist ein Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung. Tatsächlich haben wir uns kurz nach den „Fridays for Future“ gegründet, weil wir wissen, dass die junge Generation es nicht allein schafft. Wir sind Erwachsene – auch Eltern – die Verantwortung tragen und unseren Kindern und Enkelkindern eine lebenswerte Umwelt hinterlassen möchten. Wir stehen für eine gerechte Welt ein, die Nachhaltigkeit, ein gutes Leben und eine Zukunft für alle bietet. Dabei wissen wir, dass es nicht einfach sein wird. Doch gerade zu Beginn der Corona-Pandemie konnten wir beobachten, was möglich ist, wenn eine Krise auch wirklich als solche behandelt wird.

„Klimaschutz ist Generationengerechtigkeit.“

Eileen Krauß,  
 Parents for Future  
 Oberhausen

Wir fordern die Verantwortungsträger\*innen in Politik und Wirtschaft auf, zu handeln und das Pariser Klimaabkommen ernst zu nehmen. Wir wollen eine klimagerechte Welt, die uns nur mit Einhaltung der 1,5 Grad-Grenze realistisch erscheint. Wir wollen echte Generationengerechtigkeit. Letztlich wollen wir, dass Schüler\*innen die Politiker\*innen nicht mehr daran erinnern müssen, die Vorgaben des Klimaabkommens auch umzusetzen.

Die „Parents for Future Oberhausen“ engagieren sich ganz konkret in Bündnissen und konkreten Projekten, wie dem Erhalt des Sterkrader Waldes und dem Aufbau eines Arbeitsgremiums zur Erreichung von Klimaneutralität. Dabei ist klar, dass Politik alleine uns nicht retten wird. Das Engagement von uns allen ist hier gefordert. Luisa Neubauer fasste es wenige Tage vor der Bundestagswahl 2021 im

ZDF folgendermaßen zusammen und nahm damit auch die Medien und deren Berichterstattung in die Pflicht: „So wie die Debatte gerade geführt wird, wie man die Klimakrise hinunterbürokratisiert in so kleine Schnipselprojekte, die man machen kann oder nicht, ist es ganz logisch, dass Menschen mehr

langsameres Handeln heute in der Zukunft unverhältnismäßig stark eingeschränkt werden darf, ziehen. Eine Transformation hin zu einer klimagerechten Welt, die auch sozial gerecht ist, braucht einen langen Atem. Zu verlieren haben wir nichts, denn ohne den Wandel hin zu einem guten Leben für alle



In Sterkrade beteiligten sich am 11. Februar 2022 mehrere hundert Menschen an einer zentralen (Streik)Aktion gegen die Abholzung von Bäumen im Sterkrader Wald.

Angst vor der Erhöhung der Pendlerpauschale als vor der Erhöhung des Meeresspiegels haben. Aber das reflektiert in keiner Weise die Krise, in der wir sind.“

Man könnte aufgeben und denken, dass auch die Ampel-Koalition schon wieder nicht das 1,5 Grad-Ziel im Blick hat und

werden die planetaren Grenzen irgendwann überschritten, Kipppunkte erreicht und die Welt wird sich in einen Zustand hineinkatapultieren, den wir noch nicht abschätzen können und wollen.

Insofern bleibt vor der Landtagswahl nur zu sagen: Wählen gehen ist Bürger\*innenpflicht und jede\*r sollte sich überlegen, welcher demokratischen Partei er\*sie seine\*ihre Stimme gibt. Klimapolitik ist da ein guter Indikator für die Wahlempfehlung. Doch alle Hoffnung in Politiker\*innen zu setzen, führt angesichts der Krise nicht zur echten Transformation. Denn zu einer lebendigen Demokratie gehört darüber hinaus auch, sich einzubringen, einzumischen und mit zivilem Ungehorsam für echten Wandel einzustehen. Die Aufgaben sind riesig, doch dahinter wartet eine Welt, die für alle gerecht und lebenswert ist. Lasst uns beginnen. ■■■■

„Zur lebendigen Demokratie gehört sich einzubringen und einzumischen.“

Eileen Krauß,  
 Parents for Future  
 Oberhausen

umsetzt. Man kann aber auch Kraft aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom April 2021, das historisch festgeschrieben hat, dass die Freiheit kommenden Generationen nicht durch zu

## BOHREN BIS INS MARK

In fast jedem Krimi lesen, hören und sehen wir heute etwas über am Tatort gefundene DNA, die nur noch „schnell“ mit einer verdächtigen Person verglichen werden muss. Dass das auch reale Praxis ist, belegt u.a. die Tatsache, dass alte ungelöste Kriminalfälle heute anhand von DNA-Spuren gelöst werden können.

Bekannt dürfte mittlerweile auch sein, dass Sie, liebe Leserinnen und Leser, ihre eigene DNA für relativ teures Geld einschicken können. Einige Zeit später erhalten Sie das Ergebnis, das Ihnen sagt, Sie stammen zu bestimmten Anteilen aus unterschiedlichen Gegenden. Ein großer Anteil von Ihnen könnte beispielsweise aus dem Osten Europas stammen, ein Teil aus dem Norden und ein Teil aus Anatolien. So ist das.

„Das Konzept der Rasse ist das Ergebnis von Rassismus und nicht dessen Voraussetzung!“

Jenaer Erklärung, 2019

sind sie schnell zu einem klaren Ergebnis gekommen. Sie konnten anhand der über die ganze Erde verstreuten Funde die Herkunft der Menschen feststellen.

Seitdem sieht es für Menschen, die über Rassen, weiße Vorherrschaft oder z.B. „die Afrikaner“ fabulieren, schlecht aus! Sie können einpacken, denn der Gedanke, es gäbe DEN Deutschen, DEN Europäer, DEN Asiaten oder eben DEN Afrikaner, ist damit widerlegt.



Das ist für viele schwer zu verstehen. Selbst für Menschen, die von sich behaupten, keine Rassisten zu sein, gibt es nämlich eine Art geografischen Stammbaum. Viele leiten aus der Hautfarbe eines Menschen immer noch seine Herkunft oder seinen Geburtsort ab, und manche verbinden damit Vorstellungen, die sich nicht mit der Realität decken.

Um mit falschen Vorstellungen, mit katalogartig typisierenden An-

nahmen oder auch krudem Rassismus aufzuräumen, haben im Jahr 2019 Wissenschaftler anlässlich der 112. Jahrestagung der Deutschen Zoologischen Gesellschaft die „Jenaer Erklärung“ veröffentlicht. Ihre Grundaussage ist diese: „Das Konzept der Rasse ist das Ergebnis von Rassismus und nicht dessen Voraussetzung!“

Noch deutlicher wird es so: Rassistisch denkende Menschen haben den Begriff Rasse erfunden und mit wissenschaftlich unhaltbaren Inhalten gefüllt. Diesem Konzept treten die Unterzeichner dieser Erklärung mit deutlichen Worten entgegen. Dass es sich um ein theoretisches Konstrukt handelt, ist schon lange klar, jetzt aber belegt die Analyse der DNA von Menschen, die Tausende Jahre vor uns lebten, dass man nicht von Rassen sprechen kann. Man kann zwar genetische und phänotypische Unterschiede oder Gemeinsamkeiten feststellen, aber diese reichen nicht aus, daraus Populationen oder Rassen abzuleiten. „Menschenrassen“ gibt es also gar nicht, sie sind keine biologische Realität. Sie sind reine Konstrukte des menschlichen Geistes. Auch gibt es in diesem Sinn keine Haustier-Rassen, da der passende Begriff dafür „Züchtung“ lauten muss.

Zurück zu „DEM Afrikaner“: Vor ca. 250.000 Jahren entstand in Afrika der anatomisch moderne Mensch. Von dort verbreitete er sich in kleinen Gruppen über die restliche Erde. Wenig später, genauer vor ca. 60.000 Jahren, zweigten sich die „Nicht-Afrikaner“ von den Menschen aus dem östlichen Afrika ab und besiedelten einen Großteil dieser Erde. Dabei trafen sie auf Menschen, die seit sehr lan-



ger Zeit in dem jeweiligen Gebiet lebten. Weswegen sich bei allen Menschen, die nicht dem Raum südlich der Sahara entstammen, Spuren der Neandertaler und Denisovaner in der DNA finden.

Spannend wird es beim Thema Hautfarbe, denn zwischen weißen und schwarzen Menschen wird ja auch heute noch willkürlich unterschieden. Noch vor 8.000 Jahren waren die Jäger und Sammler Mitteleuropas stark pigmentiert

„Die helle Hautfarbe haben die Menschen erst seit 4.000 bis 5.000 Jahren.“

Jenaer Erklärung, 2019

Zusammenhang mit sozialer Herkunft.

Langt es also, das Wort „Rasse“ aus unserem Wortschatz zu streichen? Nein, denn fremdenfeindliche und rechtsradikale Menschen nutzen es offiziell oft gar nicht mehr. Sie nutzen dafür Begriffe wie „Selektion“, „Reinhaltung“ und „Ethnopluralismus“. Gerade bei dem letztgenannten Begriff handelt es sich aber um nichts anderes als eine Neuformulierung rassistischer Ideen. Und auch heute stellt für sie „der Afrikaner“ eine Bedrohung Europas dar. Genau das steht in direkter Tradition des übelsten Rassismus vergangener Zeiten.

Die Erklärung schließt mit der Feststellung: „Der Nichtgebrauch des Begriffes Rasse sollte heute und zukünftig zur wissenschaftlichen Redlichkeit gehören.“

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist deswegen die Streichung des „Rasse“-Begriffes aus dem Grundgesetz (Art. 3, Abs. 3), so wie es der Koalitionsvertrag der drei Regierungsparteien unter der Überschrift „Rassismus bekämpfen“ auf Seite 121 festlegt: „Wir wollen den Gleichbehandlungsartikel des Grundgesetzes um ein Verbot der Diskriminierung wegen sexueller Identität ergänzen und den Begriff „Rasse“ im Grundgesetz ersetzen.“

Grundlagen zu dieser wichtigen Jenaer Erklärung sind in dem Buch „Die Reise der Gene“ nachzulesen. Es geht dabei um den schönen Begriff „Archäogenetik“. Was ist das im Unterschied zur Archäologie? Archäologen buddeln in der Erde, Archäogenetiker bohren Löcher in (ur-)alte Menschenknochen, um dort DNA zu finden und auszuwerten.

Verfasser dieses sehr anschaulichen Buches sind Prof. Dr. Johannes Krause und Thomas Trappe. Erschienen im Ullstein Verlag kostet es EUR 11,99.

So schützte sich der Körper vor der Sonne. Aus dem fernen Anatolien kamen dann Menschen, die die Landwirtschaft und pflanzenbasierte Kost mitbrachten. Mit ihnen wanderten die Gene, die für helle Haut verantwortlich sind, erst vor ca. 7000 Jahren bei uns ein. Menschen mit weniger Pigmenten, also hellerer Haut, waren hier besser dran, weil sie in den dunklen Wintern Europas mehr Vitamin D in der Haut produzieren konnten. Die helle Hautfarbe haben die Menschen erst seit 4.000 bis 5.000 Jahren. In den 45.000 Jahren zuvor, in denen der Mensch aus Afrika ausgewandert war, war er aber dunkelhäutig. Diese und die weiteren in der Jenaer Erklärung angeführten Argumente widerlegen eindeutig die Verknüpfung von Hautfarbe und daraus abzuleitenden Eigenschaften sowie angeblich genetisch festgelegte Persönlichkeitsmerkmale und Verhaltensweisen. Es gibt deswegen auch keinen Zusammenhang zwischen Intelligenz und geografischer Herkunft. Sehr wohl gibt es aber einen deutlichen

## Entschieden gegen rechten Hass, Gewalt und Verschwörungsmysen!

### OFFENER BRIEF

Im zweiten „Coronajahr“ erleben wir wachsende Spannungen in der Gesellschaft. Wir sehen mit Besorgnis auf die eskalierende Gewalt, die von „Anti-Corona-Demonstrationen“ ausgeht.

Dieser Protest wird maßgeblich von einer „radikalen Minderheit“ von Verschwörungstheoretiker\*innen, Querdenkenden, Reichsbürger\*innen und Neonazis getragen. Ganz offen zeigen sie ihre Demokratiefeindlichkeit, leugnen wissenschaftliche Erkenntnisse, vergleichen sich in schamloser Weise mit NS-Opfern oder greifen Pressevertreter\*innen und Polizist\*innen an.

Wie jeder persönlich zur Impfung steht, das ist eine Sache. Etwas anderes ist es, öffentlich zu propagieren, dass es das Corona-Virus nicht gäbe und alle dazu aufzurufen, sich nicht impfen zu lassen. Derartige Parolen verdienen unseren klaren Widerspruch! In der jetzigen Situation schützen die Geimpften sich selbst und ihr soziales Umfeld. Der „Runde Tisch gegen Rechts“ lehnt Hass und Gewalt entschieden ab und fordert alle Oberhausenerinnen und Oberhausener auf, Flagge gegen Rechts zu zeigen! Denn auch hier gibt es Versuche

von „Querdenkern“, die Proteste mit rechtem Gedankengut zu verbinden. Im öffentlichen Raum und in den sozialen Netzwerken verbreitet diese Minderheit lautstark antisemitische Verschwörungsmysen und ruft mit rechtsradikalen Parolen zum Sturz eines von ihnen herbeiphantasierten „Impf-Regimes“ auf.

Weisen wir jeden Angriff auf Wissenschaft und Pressefreiheit zurück. Stellen wir dem Hass und der Gewalt die Solidarität der Vielen entgegen! *Runder Tisch gegen Rechts/Antifaschistisches Bündnis für Toleranz und Demokratie Oberhausen*

Dem Aufruf haben sich bereits Hunderte von Oberhausenerinnen und Oberhausener angeschlossen. Sie begrüßen die Möglichkeit, sich durch die Unterzeichnung des Briefes deutlich gegen rechtes Gedankengut zu positionieren.

Den Brief unterzeichnen? Schreiben Sie eine Nachricht an: [offenerbrief@demokratiebuero.de](mailto:offenerbrief@demokratiebuero.de).

Den vollständigen Aufruf und die bisherigen Unterstützer finden Sie unter [www.demokratiebuero.de](http://www.demokratiebuero.de).

## 28 STOLPERSTEINE VERLEGT

„Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist.“

von Claudia Stein

Am 17. März verlegte der Künstler Gunter Demnig 28 neue Stolpersteine in der Stadt. Damit erinnern mittlerweile 262 mes-singfarbige „Denkmäler von unten“ an ehemalige Oberhausener Bürger:innen.

Hinter jeder Verlegung stehen monatelange Recherchen in Archiven, im Internet und bei Angehörigen der Verfolgungsoffer. Diese sind ohne die Hilfe vieler Oberhausener Schüler:innen und Bürger:innen und Vereine nicht zu leisten. Erst umfangreiche Nachforschungen machen die einzelnen Personen hinter den Namen wieder sichtbar.

Die Stadt Oberhausen hat sich dazu entschlossen, ganz im Sinne von Gunter Demnig, für alle NS-Verfolgungsgruppen Steine zu verlegen. In manchen Städten werden nur ermordete Opfer für die Verlegung ausgewählt, manche Kommunen beschränken sich auf einzelne Opfergruppen. Bisher unterrepräsentiert ist die Gruppe der „Euthanasie“-Opfer in Oberhausen. Und das hat einen Grund.

Da die Akten des Gesundheitsamtes wegen gesetzlicher Schutzfristen erst jetzt zugänglich werden, stehen die Recherchen zu dieser Opfergruppe in Oberhausen erst am Anfang. Bereits im letzten Jahr wurde in Altstadt ein Stolperstein für Ingeborg Tritt verlegt. Die GEW-Stolpersteingruppe konnte mit Hilfe von Angehörigen das Schicksal des jungen Mädchens nachzeichnen. Ingeborg Tritt starb aufgrund fortgesetzter Mangelernährung in der Pflege- und Heilanstalt Am Steinhof in Wien.

In diesem Jahr beschäftigten sich Schüler:innen des Bertha-von-Suttner-Gymnasiums mit der Familie Stevens.

Der Elektroschweißer Heinrich Stevens und seine Frau Maria bekamen am 30. Januar 1940 Tochter Annemarie. Als bei der Tochter Verdacht auf eine schwere Erkrankung bestand, wurde sie 1943 zu Diagnosezwecken in die Rheinische Landesklinik Bonn für Jugendpsychiatrie eingewiesen. Von dort wurde sie – ohne Wissen der Eltern – am 2. Dezember 1943 mit 30 weiteren Kindern ins hessische Kalmenhof verlegt. Bei ihrer Ankunft stand das Todesurteil bereits fest. Für den 12. Dezember 1943 wurden zwei Todesfälle im Kalmenhof in Idstein notiert. Einer

davon war Annemarie Stevens. Sie wurde nur drei Jahre alt. Insgesamt wurden 77 Kinder, die aus Bonn verlegt worden waren, im Kalmenhof ermordet. Die Tötung erfolgte durch eine größere Menge an Luminal und Trional im Kinderbrei oder die Gabe einer Überdosis Morphiums.

Auch Annemaries Tante Rosemarie geriet in die Fänge des Erbgesundheitsgerichts in Oberhausen. Kurz vor ihrer Hochzeit mit Hermann Reinecke diagnostizierte man bei ihr „angeborenen Schwachsinn“ und ordnete ihre „Unfruchtbarmachung“ an. Da Rosemarie zu diesem Zeitpunkt bereits schwanger war, war auch das Leben ihres ungeborenen Kindes bedroht. Mit Hilfe ihrer Familie konnte der Eingriff solange hinausgezögert werden, bis Rosemarie einer gesunden Tochter das Leben schenken konnte. Danach wurde sie „zwangssterilisiert“. So nahmen die NS-Behörden ihr das Recht auf eine große Familie. Gerade an der Diagnose „angeborener Schwachsinn“ lässt sich der Grad der Willkür der NS-„Euthanasie“ ablesen. Diese Diagnose wurde immer dann gewählt, wenn man sozial missliebiges Verhalten sanktionieren wollte. Medizinische Gründe waren nicht ausschlaggebend.



In diesem Jahr wurden 28 Lebensgeschichten von Menschen, deren Leben sich nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 dramatisch verändert hat, recherchiert. Eine Kurzbiographie zu jedem Schicksal kann auf der Homepage der Gedenkhalle Oberhausen

unter dem Kapitel Stolpersteine abgerufen werden ([www.gedenkhalle-oberhausen.de](http://www.gedenkhalle-oberhausen.de)).

Alle verlegten Stolpersteine finden sich ebenfalls in der Stolperstein-App oder in der Webversion des WDR unter [www.stolpersteine.wdr.de/web/de](http://www.stolpersteine.wdr.de/web/de).

## MEHR ALS NUR EINE AUSSTELLUNG

Es soll nicht nur ortskundige Taxifahrer geben, denen die Gedenkhalle Oberhausen als Fahrtziel unbekannt ist, sondern sie soll auch einem Großteil der Bürgerinnen und Bürger kein Begriff sein. Dabei ist die Gedenkhalle alles andere als nur ein Ausstellungsraum, in dem die Geschichte der Stadt während der NS-Zeit präsentiert wird.

Hinter der Einrichtung der Gedenkhalle vor 60 Jahren stand und steht vor allem eine Idee: Junge Menschen, die diese Zeit nicht selber erlebt haben, sollen hier lernen, mit welchen Mitteln, unterstützt von einer menschenverachtenden Ideologie, aus einer Demokratie

eine Diktatur errichtet worden ist. Hier knüpfen die Bildungsan-



gebote für Schüler:innen ab der Klasse 8 an. In Workshops zu den Themen „Jugend im Nationalsozialismus“, „Judenverfolgung im

Dritten Reich am Beispiel der Stadt Oberhausen“ oder „NS-Wirtschaft und Zwangsarbeit“ werden die einzelnen Aspekte der Themen in Kleingruppen erarbeitet. Am zweiten Standort, dem Bunker-museum Oberhausen, erleben die Schüler:innen einen authentischen Ort. Hier werden Kriegs- und Bunkeralltag im Zusammenhang mit dem deutschen Vernichtungsfeldzug erfahrbar.

Mittlerweile reicht das Bildungsprogramm über die Jahre 1933–1945 hinaus. Lehrplange-recht werden Workshops zu den Themen „Erinnerungskultur“ und „Umgang mit dem Nationalsozialismus in den Besatzungszonen am



Beispiel Oberhausen“ angeboten. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem biografischen Ansatz. Jedes Jahr recherchieren Schüler:innen verschiedener Oberhausener Schulen zu Schicksalen von NS-Opfern, für die sie dann Stolpersteine in Oberhausen verlegen.

Das Team unterstützt Angehörige bei Recherchen zu ihren Vorfahren. Neben einer engen Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Oberhausen und anderen in der Region, verfügt die Gedenkhalle zusätzlich über ein Archiv mit Nachlässen von ehemaligen Oberhausenern. Dazu gehört eine umfangreiche Präsenzbibliothek, die allen Bürgern offen steht.

Das Team legt viel Wert auf die Zusammenarbeit mit Vereinen, Initiativen und Schulen bei Gedenkveranstaltungen, Projekttagen, Unterrichtsvorhaben und unterstützt die Idee der „Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage“ thematisch und organisatorisch.

Hin und wieder verlassen die Veranstaltungen sogar den Ausstellungsraum im Schloss Oberhausen und bieten Exkursionen zum Thema „Jüdisches Leben“, „Erinnerungskultur“ sowie Stolperstein- und Friedhofsrundgänge. Abgerundet wird das Angebot durch Sonderausstellungen, Lesungen, Vorträge und eigene Publikationen.

Auch wenn viele Menschen die Ausstellung im Schloss Oberhausen nicht kennen, bei vielen Veranstaltungen und Projekten wirkt das Team der Gedenkhalle im Hintergrund und ist Ansprechpartner für alle Bürger:innen und historisch Interessierten.

Informieren Sie sich gerne per E-Mail ([info-gedenkhalle@oberhausen.de](mailto:info-gedenkhalle@oberhausen.de)) oder in einem persönlichen Gespräch. Alle weiteren Informationen finden Sie auf der Homepage [www.gedenkhalle-oberhausen.de](http://www.gedenkhalle-oberhausen.de) oder auf [www.bunker-museum-oberhausen.de](http://www.bunker-museum-oberhausen.de).

## Gemeinsam für Toleranz und Vielfalt

### Gegen Radikalisierung

Die Alevitische Gemeinde Alt-Oberhausen und Umgebung setzte sich im Dezember letzten Jahres mit einer Seminarreihe gegen demokratiefeindliche Tendenzen ein. Ganz grundsätzlich folgt der alevitische Glaube den Zielen, durch Werte wie Nächstenliebe, Bescheidenheit und Geduld und den Prinzipien von Humanismus die religiöse Vollkommenheit herzustellen.

In mehreren Workshops, die sehr gut besucht waren, setzten sich die Teilnehmenden mit Islamismus und dessen Erscheinungsformen auseinander und beschäftigten sich intensiv mit „türkischem Nationalismus und den rechtsextremen Grauen Wölfen“. Im letzten Teil der Reihe arbeiteten die Teilnehmenden an Ideen, wie sich die Alevitische

Gemeinde an der Förderung von Demokratie sowie Prävention gegen Extremismus konkret beteiligen kann. Ein Ergebnis war zum Beispiel, sich eindeutig gegen Hass und Hetze zu positionieren.



## Was nutzen alte Bunker heute noch?

### NEUE FRAGEN IN ZEITEN DES KRIEGES

von Clemens Heinrichs

Zum Zeitpunkt, da dieser Artikel geschrieben wird, ist der Krieg von Putins Russland gegen die Ukraine vier Wochen alt – vier lange, bittere Wochen, in denen täglich ungezählte Menschen starben. Mit dem Krieg in unserem nahen Osten verbinden sich auch hier im Westen viele Sorgen, denn der Frieden scheint auch bei uns bedroht zu sein. Wir hören Drohungen Russlands mit einer Ausweitung des Krieges und mit Atomwaffen und fragen uns: wie weit wird es kommen, wo ist die Grenze? Viele Menschen machen sich deshalb große Sorgen.

Und es ist deshalb auch keine Überraschung, dass sich die „heute-show“ am 18. März dieses Themas annahm und Lutz van der Horst losschickte auf die halb spielerische, halb ernste Suche nach einem sicheren Schutzraum. Lutz van der Horst schaffte es bis zur Bunkerbude in Duisburg, kam aber nicht nach Oberhausen. Doch auch unser Bunkermuseum erreichen bisweilen Anrufe, ob man sich denn bei uns vor einem Angriff in Sicherheit bringen kann. Tatsächlich sind verschiedene Bunker in Oberhausen für einen Ernstfall noch in der sogenannten Luftschutzbindung. Der Hochschutzbunker an der Alten Heid aber ist aus der Luftschutzbindung heraus-

genommen worden, um ihn zu einem Bürgerzentrum umzubauen. Und dazu gehörte auch der Einbau von Fenstern, um Licht und Luft hereinzulassen. Insofern ist unser Bunker im Falle eines Falles kaum noch ein geeigneter Schutzraum.

Auch wenn die NATO von den einen oder anderen bei uns als Übel betrachtet wird, so kann man dennoch hoffen, dass gerade sie unsere Lebensversicherung ist, weil ihr militärisches Potenzial – vor allem dass der US-Amerikaner – tatsächlich der Abschreckung gegen Putins imperialen Krieg dienen kann. Die Ukraine hatte diesen Schutz nicht und konnte deshalb ohne Risiko angegriffen werden. Das sieht für uns unter dem Schirm der NATO anders aus, und deshalb können wir hoffen, dass es bei uns nicht zu diesem Ernstfall kommen wird. Vor allem aber hoffen wir immer noch auf einen Erfolg der Diplomatie über den Krieg, der in der Ukraine wieder einmal zeigt, dass es keine Sieger geben kann, sondern nur Opfer. Putin wird dies leider anders sehen. Wie es weitergeht, wie sich die Situation im Mai darstellen wird, kann jetzt niemand wissen, aber um die Idee eines klugen Kopfes ins Spiel zu bringen: es kommt jetzt darauf an, das Hoffen neu zu lernen. Das Hoffen ist ins Gelingen verliebt und nicht ins Scheitern. Bunker werden wir hoffentlich nach wie vor nicht brauchen.



## VORSCHAU Anne-Frank-Ausstellung

Ostern 1963 reiste der Stadtjugendring mit einer Gruppe aus der Partnerstadt Middlesbrough zum Anne-Frank-Haus in Amsterdam. 2004 wurde in der Gedenkhalle in Zusammenarbeit mit der Anne-Frank-Realschule die Ausstellung „Anne Frank – eine Geschichte für heute“ gezeigt – ein großer Erfolg damals. Wir können also von einer alten Beziehung Oberhausens zu Anne Frank sprechen.

hausen zu holen: „Lasst mich ich selbst sein.“ Anne Franks Lebensgeschichte. Die Ausstellung kommt vom Anne Frank Zentrum Berlin und wird von „Demokratie leben!“ gefördert.

Worum geht es in der Ausstellung? Natürlich erinnert sie an Anne Frank. Sie ist eines der bekanntesten Opfer des Holocaust. Das jüdische Mädchen versteckte sich während der deutschen Besatzung der Niederlande vor den Nazis. 1944, nach zwei Jahren, wurde sie entdeckt und starb 1945 im Konzentrationslager Bergen-Belsen. Ihr Tagebuch machte sie nach ihrem Tod weltberühmt.

Die Ausstellung erzählt im ersten Teil die Geschichte von Anne Frank und ihrer Familie in der Zeit des Nationalsozialismus. Im zweiten Teil geht es um Themen aus Annes Tagebuch und was sie heute für uns bedeuten. Zum Beispiel: Warum werden Menschen ungerecht behandelt, und was können wir dagegen tun?

Die Ausstellung wird am 7. September eröffnet und ist bis zum 29. September in der Gedenkhalle zu sehen. Weitere Infos folgen unter [www.gedenkhalle-oberhausen.de](http://www.gedenkhalle-oberhausen.de).



Kein Wunder, dass einige Jahre später die Anne-Frank-Realschule und die Gedenkhalle wieder kooperieren, um eine neue Anne-Frank-Ausstellung nach Ober-

## NACHDEM DER APPLAUS VERKLANG

### Ein Notruf der Kliniken in NRW

von Katharina Schwabedissen,  
 Gewerkschaftssekretärin

Erinnerst du dich noch an die Wochen nach dem ersten Lockdown? Erinnerst du dich an den Applaus, der weltweit von den Balkonen klang? Erinnerst du dich an die Kerzen in den Fenstern? Die Krankenschwester wurde über Nacht zur Superheldin, aus der Verkäuferin Wonderwoman – für einen kurzen Moment wurde es hell um die Beschäftigten in den sozialen Berufen.

Ein Virus musste auf der Bühne erscheinen, um deutlich zu machen, dass soziale Arbeit kein Liebesdienst am Menschen, sondern hochprofessionelle, systemrelevante Arbeit ist. Kitas, Krankenhäuser, Altenhilfeeinrichtungen bestimmten neben den steigenden Zahlen und neuen Regeln die Schlagzeilen der Zeitungen, waren Meldung Nummer eins in den Medien. Es ist still geworden, die applaudierenden Hände wurden müde. Laut geworden ist der Ruf nach Normalität. Gerade in den Kliniken fragen sich viele, ob ihr Arbeitsalltag vor Corona wirklich „normal“ war.

„Die Situation der Beschäftigten im Krankenhaus ist, meiner Erfahrung nach, unverändert zu vor Corona. Nichts hat sich gewandelt - es

ist nur noch intensiver geworden. Die Patientenzahl hat sich im Durchschnitt nicht geändert und ist unverändert hoch. Einzige die Zeit für jeden einzelnen Menschen ist mehr geworden - da man sich und die Patient:innen deutlich häufiger in Schutzmontur hüllen muss. Der Austausch untereinander ist rar geworden. Wir machen eher vereinzelt Pause. Die Sozialräume waren schon immer zu klein, hierfür wurde die Kantine räumlich als Ausgleich geboten. Die Kantine wurde geschlossen. Es gibt keinen Treffpunkt mehr für alle. Der Anspruch der Klinikleitung allerdings hat sich nicht verändert. Es muss weiterhin alles erledigt sein, ohne dass das Klinikum etwas investieren muss, was über das gesetzliche Maß hinausgeht,“ sagt Gerd. Er ist 39 Jahre alt und

arbeitet im Krankentransport am Uniklinikum Essen. Seine Arbeit hat sich nicht verändert, sie wurde verdichtet – so wie in den Jahren zuvor. Seine Kollegin Sylvia, die auf einer Kinderintensivstation arbeitet, beschreibt es ähnlich:

„Das Miteinander ist ein Anderes geworden. Mehr Abstand, kaum gemeinsame Pausen – höchstens zu zweit, Zoom-Veranstaltungen etc. sorgen für mehr Distanz insgesamt. Wenn Zeit ist, sitzt man nicht beisammen und spricht über „Neues aus der Welt“, sondern hält Corona-Abstände ein. Coronapatienten bedeutet mehr Isolierzimmer, mehr alleine arbeiten, weniger Kontakt zu anderen Patient:innen und Angehörigen. Natürlich werden Kinder in und auf den Arm genommen, das ist selbstverständlich und ändert sich durch Corona zum Glück

nicht. Geburten in Zeiten von Corona heißt viel mehr Aufwand bei Vor- und Nachbereitung – man ist eingebunden und kann nicht „mal schnell noch was anderes“ machen. Es gibt viel, viel mehr Kontrollen und Auseinandersetzungen zum Thema Tests und Besuchszeiten. Mühseliges Argumentieren bei nicht vorhandenen Nachweisen und Umgang mit aggressivem Verhalten. In der Kinderklinik dürfen zumindest die Eltern mit negativem Test immer zu ihren Kindern. Es gibt insgesamt zu wenig Personal, die Lage hat sich in Coronazeiten bei uns nicht verändert – außer, dass es mehr Quarantänefälle gibt, der Krankenstand ist sowieso nicht niedrig.

Corona heißt für die Kolleg:innen arbeiten unter extremen Bedingungen, ohne Pausen, in voller Schutzmontur, immer mit FFP2-Maske – in den ersten Monaten Mangelware. Da stand die Angst im Mittelpunkt, sich, die eigenen Angehörigen, die Patient:innen zu infizieren. Das Trinken kommt zu kurz, so wie der Kontakt, der gerade jetzt so wichtig wäre. Ein Drittel der Pflegefachkräfte denkt darüber nach, den Beruf nach der Pandemie zu verlassen.

Manche fühlen sich wie Soldat:innen im Einsatz an der Front. Aber die Pandemie ist kein Krieg. Sie hat lediglich deutlich gemacht, was die Beschäftigten seit Jahren sagen: es fehlt überall an Personal und an vorsorgender In-frastruktur. Und das nicht nur in der Pflege, sondern in al-

len Bereichen: in der Reinigung, im Transport, im Service, in der Verwaltung, in den Laboren und Ambulanzen. Dazu kam in der Pandemie die Sorge, die Familie zu gefährden oder umgekehrt die Kolleg:innen und Patient:innen. Weil die eigenen Kinder in die Schule und Kita gehen und dort die Tests und Maskenregeln von der Landesregierung immer wieder neu verhandelt wurden.

„Wir sind einfach müde. So müde, dass wir kaum noch aufstehen können,“ sagen die Kolleg:innen. Es ist beeindruckend, dass sie es trotz alledem erneut tun. Am 19. Januar haben die Beschäftigten aller sechs Unikliniken in NRW den Notruf NRW gestartet und Arbeitgeber und Landesregierung ein Ultimatum gestellt. Am 1. Mai 2022 läuft dieses 100 Tage Ultimatum aus. Bis dahin wollen sie einen Tarifvertrag Entlastung für alle, die an den Unikliniken in NRW jeden Tag – vor und auch nach der Pandemie – den Laden am Laufen halten. Sie wollen, dass die Arbeit dem vorhandenen Personal angepasst wird, damit es aufhört, dass kranke Menschen nicht so versorgt werden, wie es medizinisch möglich ist, und damit die, die sie versorgen, dabei nicht weiter krank werden.

„Die Pandemie ist eine unfassbare Belastung. Aber so sehr getroffen hat sie uns, weil wir vorher schon völlig erschöpft waren,“ sagen Sylvia und Gerd. Beide tragen den Notruf ins Land: Hören wir ihnen zu!



von Katharina Nocun

Im August 2020 kommt es am Rande großer Proteste von Verschwörungsideologen in Berlin zu einem Vorfall, der das ganze Land in Schockstarre versetzt. »Wir haben fast gewonnen!«, schreit eine junge Frau mit Dreadlocks heiser von der kleinen Bühne vor dem Reichstag ins Mikrofon. »Wir müssen jetzt beweisen, dass wir alle hier sind! Und wir gehen da drauf und holen uns heute hier und jetzt unser Hausrecht!« Daraufhin setzt sich eine Menge aus mehreren Hundert Menschen in Bewegung. Sie überwinden Absperrungen und rennen auf den Sitz des Deutschen Bundestags zu. An diesem Tag entstehen Bilder, die in der rechtsextremen Szene noch lange wie eine Trophäe herumgereicht werden: Einige wenige Polizeibeamte versuchen die Menge davon abzuhalten, das Parlamentsgebäude zu stürmen. Reichsbürger und QAnon-Anhänger posieren mit Reichsflaggen vor dem Deutschen Bundestag.

Als Bernd diese Bilder in den Nachrichten sieht, hat er einen Kloß im Hals. Denn er weiß, irgendwo inmitten dieser Menge ist ein Mitglied seiner Familie. Er versteht bis heute nicht, wie es so weit kommen konnte. Denn eigentlich schien bis vor einem Jahr alles normal. Ana ist Mitte zwanzig, gebildet, steht mitten im Leben – doch die Beschäftigung mit Geschichten über ein angebliches großes Corona-Komplott wird sie wenige Monate später zu der Demonstration von rechtsextremen Verschwörungsideologen führen. »Davor hatte sie mit Verschwörungserzählungen, soweit ich weiß, nichts am Hut«, berichtet uns Bernd. Durch das Internet sei sie dann aber schnell in Kontakt mit allerhand radikalen Gruppierungen gekommen. Schon bald war Ana überzeugt, Corona

sei ein großer Schwindel, überall sah sie plötzlich mächtige Eliten am Werk. Egal ob Kondensstreifen am Himmel oder Maskenpflicht im Supermarkt – durch die Brille der Ideologie deutete sie alltägliche Beobachtungen als untrügliche Zeichen dafür, dass eine »Neue Weltordnung« drohe.

Zu Beginn der Pandemie wurde die Familie mit Links zu Videos bombardiert, später auch dazu ge-

„Andersdenkende sind dumme Schafe.“

Katharina Nocun

drängt, mit zu Demonstrationen zu kommen. Die junge Frau kapselte sich mehr und mehr von ihrem bisherigen Umfeld ab, wählte sich in einer Diktatur und sprach davon, in den »Widerstand« gehen zu wollen. »Man fühlt sich machtlos«, sagt Bernd. »Ich habe sie vorher nicht als rechts wahrgenommen. In unserer Familie gibt es Menschen, die von Rassismus betroffen sind, und ich weiß nicht, ob sie begreift, dass wir uns durch ihre Ansichten natürlich auch bedroht sehen müssen.«

Wenn Angehörige oder Freunde überall Verschwörungen wittern, erschwert dies sehr oft das soziale Miteinander. Aber auch für die Gesellschaft hat so ein Weltbild Konsequenzen. Impfzentren und Arztpraxen stehen immer wieder im

Fokus verschwörungsideologisch motivierter Straftaten. Wer auf Telegram in einschlägigen Gruppen und Kanälen recherchiert, stößt auf Morddrohungen gegen Politiker, Journalisten oder Wissenschaftler. Im September 2021 wurde ein Mitarbeiter einer Tankstelle

für „auserwählt“ zu halten, während Andersdenkende als „dumme Schlagschafe“ gelten. Der Glaube an einen großen Plan gibt Menschen die Illusion von Kontrolle über eine Situation, die sie womöglich überfordert. Die angeblichen Verschwörer werden zum Sünden-

nelle Beratungsstelle, wie etwa die mobile Beratung gegen Rechtsextremismus oder die Sekten-Info NRW, können in solchen Situationen helfen.

Verschwörungsgläubige sind eben nicht immer nur »verführte Op-



Am 29. August 2020 versuchen mehrere hundert „Anti-Corona-Demonstranten“ den Sitz des Deutschen Parlaments, den Reichstag in Berlin zu stürmen. Einige zeigen dabei Fahnen und Symbole, die von Neonazis verwendet werden.

Foto: Achille Abboud

in Idar-Oberstein brutal ermordet, nachdem er einen Kunden auf die Maskenpflicht hingewiesen hatte.

Dass Verschwörungserzählungen als Radikalisierungsbeschleuniger wirken, hat einen Grund. Diese Geschichten gehen stets mit starken Feindbildern einher. Anhänger wännen sich in einem historischen Kampf gegen das absolut Böse. Es schmeichelt dem Selbstbild, sich

bock für alles schlechte in der Welt erklärt. Gerade für Gruppen mit einem autoritären Verständnis von Politik sind Verschwörungsideologien attraktiv, schließlich bieten sie eine Immunisierungsfunktion gegen Kritik: »Wer gegen uns ist, ist eben Teil der Verschwörung und muss bekämpft werden!«

Virtueller Hass hat immer auch reale Konsequenzen. Wenn ein bekannter Influencer postet »Ich will sie hängen sehen!« und »Holt die Seile!«, verstehen das Anhänger als Aufforderung, selbst aktiv zu werden. Online wird dazu aufgerufen, Privatadressen ausfindig zu machen. Wer mit brennenden Fackeln vor dem Haus der sächsischen Gesundheitsministerin steht, dem geht es nicht um Meinungsfreiheit, sondern um Einschüchterung.

Es gibt kein Patentrezept zum Umgang mit Verschwörungserzählungen im privaten Umfeld. Klar ist aber: Je früher interveniert wird, desto größer sind die Chancen, dass Argumenten noch durchdringen und eine weitere Radikalisierung verhindert werden kann. Auch ist es wichtig, rassistische und antisemitische Aussagen stets klar als solche zu benennen und sich davon abzugrenzen. Wer aber bereits stark radikalisiert ist, wird wahrscheinlich keine Faktenchecks mehr lesen. Beratungsstellen raten dann dazu, zu überlegen: Was macht das für den anderen so attraktiv? Wie kann ich diesen Nährboden abgraben? Professio-

fer«, sondern oft genug auch Täter. Wegsehen und hoffen, dass sich dieses Problem irgendwie von allein lösen wird, ist daher keine Option. »Vorher habe ich das nicht so ernst genommen. Die Veränderung von Ana mitzuerleben, hat mich sehr verändert«, teilt uns Bernd mit. Wann immer es geht, versucht er nun Gegenrede zu betreiben. Dies führt zwar

„Es muss einen Neustart geben.“

Katharina Nocun

dazu, dass er sich oft in Situationen wiederfindet, die extrem anstrengend sind. Doch ihm ist es wichtig, Haltung zu zeigen. »Meine Wahrnehmung ist: Viele Politiker haben sich während der Pandemie von verschwörungsideologischen Gruppierungen vor sich hertreiben lassen. Das führt dazu, dass ihre Ideen anschlussfähig werden. Da würde ich mir wünschen – gerade mit Blick auf Menschen, die noch nicht so sind wie Ana, aber in diese Richtung tendieren –, dass dort auch mehr Verantwortung gesehen wird. Zivilgesellschaft, Politik und Medien müssten da noch einmal einen Neustart machen.« Da ist viel Wahres dran.

## Gemeinsam für Toleranz und Vielfalt

### Demokratie-Konferenz in Altenberg

Rundum zufrieden sind die Veranstalter der 6. Oberhausener Demokratie-Konferenz im Kulturzentrum Altenberg. „Ein volles Haus in der „Schlosserei“, etwas mehr als 70 Personen sind gekommen – Vertreter von Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Schulen, Migrantenorganisationen, aus Politik und Verwaltung sowie Engagierte aus der Zivilgesellschaft“, freuten sich Dirk Paasch von „Demokratie leben!“ und André Wilger von „NRWeltoffen“ über die gute Resonanz.

In seinem Grußwort erneuerte Bürgermeister Werner Nakot die Unterstützung von Politik und Verwaltung für die Arbeit der beiden Programme. Die erfolgreiche Arbeit kann an den vielen und vielfältigen geförderten Einzelprojekten abgelesen werden. Darüber hinaus konnten Netzwerke ausgeweitet werden, wurde die mittlerweile 2. Oberhausener Demokratie Zeitung mit einer Auflage von 100.000 Stück fertig gestellt und ging die Homepage [www.demokratiebuero.de](http://www.demokratiebuero.de) mit mehr als 60 Angeboten der Prävention und Demokratieförderung an den Start.

Anschließend wurde digital zur Hauptrednerin Katharina Nocun geschaltet. In ihrem aufmerksam verfolgten Vortrag zeigte sie Lösungsansätze für den schwierigen Umgang mit Corona-Leugnern, Reichsbürgern und anderen Verschwörung-Anhängern auf. Eine wichtige und gelungene Veranstaltung, die mit einem Konzert der „Grenzgänger“ und ihrem Programm „Lieder für die Demokratie“ erst am späten Abend endete.

Die nächste Demokratie-Konferenz ist für den 27.9.2022 geplant. Im Mittelpunkt wird dabei das „Demokratiefördergesetz und die lokale Umsetzung“ stehen.





## PFADFINDER IN DER NS-ZEIT Der Oberhausener Alfons Krist

von Claudia Stein

Die Weltpfadfinderbewegung, begründet durch Lord Robert Baden Powell 1907 in Großbritannien, erreichte spätestens 1931 auch Oberhausen. 1929 hatten sich erste Gruppen in Altenberg in der katholischen Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg (DPSG) zusammengeschlossen. Aus Oberhausen gehörten Jugendliche aus den Gemeinden St. Josef in Styrum und St. Pankratius in Osterfeld zu den ersten Pfadfindergruppen vor Ort.



Alfons Krist, Weihnachten 1944 in Kriegsgefangenschaft

Zunächst strebten die Pfadfinder eine Gemeinschaft auf nationaler und internationaler Ebene an, doch kurze Zeit nach der Machtergreifung erschwerten die Nationalsozialisten die Jugendarbeit außerhalb der NSDAP durch Anordnungen und Verbote. Schon 1934 wurden öffentliches Auftreten der Pfadfinder, das Tragen ihrer Abzeichen und Wimpel, gemeinsames Wandern, Zeltlager und Fahrten verboten. Während die Styruer Pfadfindergruppe unterstützt durch Kaplan Heinrich Küppers bis zum endgültigen Verbot kirchlicher Jugendarbeit im Jahr 1938 durchhielt, ging die Pfadfindergruppe Sugambler aus Osterfeld bereits 1933 in die Scharnhorstgruppe über und wurde später in die HJ übergeleitet.

Zu den Mitgliedern der ersten Stunde in Osterfeld gehörte Alfons Krist, der am 25. Dezember 1918 in Oberhausen geboren wurde. Alfons wuchs mit seinen Geschwistern in der Fahnhorststraße 78 auf.

Schon mit zehn Jahren nahm Alfons an einem ersten Zeltlager der Sugambler in Osterfeld teil. Später wurde er Jugendleiter der katholischen Pfadfindergruppe in Osterfeld. Durch die Überleitung seiner Pfadfindergruppe in die HJ wurde er automatisch Mitglied der Hitlerjugend, ohne jemals einen Mitgliedsausweis besessen, geschweige denn Beiträge bezahlt zu haben.

Er war überzeugter Sozialdemokrat und sehr sozial eingestellt. Deshalb konnte er sich nicht mit der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland abfinden und versuchte 1935 nach Österreich auszuwandern. Dort wurde er gefasst und zu zehn Tagen Gefängnis wegen Überschreitung der Grenze ohne Pass und Erlaubnis verurteilt.

Nach der Haftentlassung wurde er zur Wehrmacht eingezogen. Er war im September 1938 im Leithorst Gütersloh bei der Nachrichtenkompanie als Funker beschäftigt. Aufgrund seiner konsequent ablehnenden Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus und der Wehrmacht wurde er einer besonderen Erziehungsabteilung innerhalb der Wehrmacht zugeteilt. Seinen Plan, ins Ausland zu emigrieren, hatte er auch nach Ableistung der zweijährigen Wehrpflicht nicht aufgegeben.

Dieses Vorhaben wurde ausgerechnet durch seinen Bruder verraten. Bei Ausbruch des Krieges wurde Alfons Krist ohne Vorlage eines Haftbefehls an die Gestapo übergeben und von dieser am 12. September als politischer Häftling der Sonderabteilung Wehrmacht in das Konzentrationslager Sachsenhausen überwiesen. Ab da folgten Inhaftierungen in Dachau und Neuengamme.

Wegen seiner antimilitarischen und antinazistischen Äußerungen und Einstellung wurde er während seiner Haftzeit schwer gefoltert.

oben: Zeltlager der Pfadfinder in Osterfeld 1928, Krist ist im Vordergrund (rechts der erste Junge)

mitte: Gütersloh, Leithorst, Nachrichten-Kompanie, Sept. 1938, Alfons Krist (Mitte) kurz vor seiner Verhaftung

rechts: Familie Krist/Krings bei der Stolpersteinverlegung 2022



## VIELFÄLTIG, SICHTBAR, NAHBAR

» 8 x 2 Jüdische Perspektiven «

Wie sieht eigentlich jüdisches Leben heute in NRW aus? Und welche Themen beschäftigen jüdische Menschen heute? Obwohl wir im vergangenen Jahr 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland gefeiert haben, bleibt das Bild des Judentums und jüdischer Menschen in Medien wie auch in Schulbüchern überwiegend einseitig und oft von Stereotypen geprägt. Ob Feiertage, jüdische Geschichte oder Alltag – für die Mehrheitsgesellschaft bleiben sie häufig unbekannt.

Um dem entgegenzuwirken, hat das Festjahr 2021 – 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland viele Projekte ins Leben gerufen, um jüdisches Leben sichtbarer zu machen. Auch SABRA (Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus) leistet dazu mit dem Filmprojekt „8 x 2 Jüdische Perspektiven“ einen nachhaltigen Beitrag.

Das Projekt sticht mit seinen dialogisch aufgebauten Gesprächen und dem pädagogisch ausgearbeiteten

Konzept aus vielen anderen Projekten hervor. Anstelle von Porträts oder Interviews zeigen acht Episoden Begegnungen von jeweils zwei unbekanntem jüdischen Menschen mit NRW-Bezug. Ein 45-minütiger Dokumentarfilm „8 x 2 Jüdische Perspektiven“ präsentiert die Quintessenz dieser acht Episoden und richtet sich an ein breites Publikum. Er feierte am 31. März 2022 in Düsseldorf im Leo-Baeck-Saal der Jüdischen Gemeinde Premiere. Weitere Filmvorstellungen sind bereits in Planung und können gerne angefragt werden.

Die sechzehn Protagonist\*innen sind genauso vielfältig wie das jüdische Leben selbst. In allen acht Episoden kommen jeweils zwei jüdische Menschen zum ersten Mal zusammen, die sich mindestens in einem Punkt sehr unterscheiden. Das kann religiöse Auffassung, Alter, ihr Bezug zum Staat Israel oder ihre Herkunft sein. Sie sind jung oder alt, orthodox oder liberal, jüdisch geboren oder konvertiert. Sie haben verschiedene Ansichten und sprechen über unterschiedliche Themen, die im Leben von beiden eine wichtige Rolle spielen.

Die Themen der Episoden reichen von Musik über soziale Netzwerke bis hin zu Heimatbegriffen und jüdischen Identitäten und religiösen Auffassungen: Sind alle Juden orthodox? Kann ein Kantor auch Fußball spielen? Warum konvertiert jemand zum Judentum? Ist Israel immer die erste Wahl, wenn es um Auswanderung geht? Warum ist eine Rabbinderin auch eine Professorin geworden? Wie ist es, schwul in der jüdischen Gemeinschaft aufzuwachsen? Und sind es wirklich immer die sprichwörtlichen drei Meinungen bei zwei Juden oder gibt es trotz allen Unterschieden etwas, was alle Menschen, unabhängig von Religion oder Herkunft, verbindet? Diese und viele andere Fragen können in den Kurzfilmen eine Antwort finden und zum Nachdenken einladen.

Das Projekt ist an MALMAD – den virtuellen Methodenkoffer gegen Antisemitismus angegliedert. MALMAD stellt gesammelte und eigens entwickelte Methoden und komplette Module inklusive aller erforderlichen Materialien und Informationen sowie Hintergrundinformationen, Glossare, landes-

weite Exkursionsziele und mehr für Ihre antisemitismuskritische Bildungsarbeit zur Verfügung.

MALMAD wird auch die acht Kurzfilme samt Methodenbaukästen zur pädagogischen Arbeit anbieten. Darin befinden sich aufeinander aufbauende Methoden zur Filmbegleitung samt aller dazugehöriger Materialien. Ausgehend von unterschiedlichen Altersklassen und Schwierigkeitsgraden sind die Methodenbaukästen differenziert konzipiert. Genauso können sie pro Altersgruppe modular durchgeführt werden. Ausgehend von der Altersgruppe sind alle Methoden auch modularisch durchführbar. Ob als Quiz, künstlerische Auseinandersetzung oder als Arbeit mit Liedern und Rezepten – das methodische Angebot zeichnet sich durch eine große Vielfalt aus. Einige Methoden sind ab dem 10. Lebensjahr anwendbar, die pädagogische Altersempfehlung hängt dabei von den jeweiligen Themenschwerpunkten ab.

Die Methoden und Episoden werden seit Anfang April 2022 wöchentlich auf [www.malmaid.de](http://www.malmaid.de) hochgeladen.

## Die Integrationsagentur der Jüdischen Gemeinde WEGE IN DIE ZUKUNFT

von Clemens Heinrichs

**Die jüdische Gemeinde in Oberhausen unterstützte schon vor der NS-Zeit Juden in der Stadt, denen es nicht so gut ging. Diese Tradition lebte seit den 1990er-Jahren besonders auf, als viele Juden aus der Sowjetunion neu dazu kamen. Dieses Engagement wurde 2013 mit der Einrichtung der jüdischen Integrationsagentur in Oberhausen professionalisiert. Das heißt, die Jüdische Gemeinde Duisburg/Mülheim/Oberhausen ist Trägerin der Agentur.**

Die Leiterin, Julia Rappoport, empfängt mich in den Räumen der Agentur in der Oberhausener Altstadt. Die Räume sind menschenleer, eine Folge der Corona-Pandemie. Sie fürchte, wegen der Pandemie ihre Zielgruppen zu verlieren, so die Leiterin, weil der persönliche Kontakt fehle. Zielgruppen sind für sie nicht nur Juden, denn die Integrationsagentur lebt die interkulturelle Öffnung. Sie steht offen für alle, die hier im Sozialraum leben und Unterstützung benötigen, unabhängig von ihrer Religion oder Herkunft.

Julia Rappoport benennt Beispiele aus der Arbeit der Integrationsagentur. Es gibt einen jüdischen Kindergarten, in den auch Kinder mit anderem religiösen Hintergrund gehen. Kinder benachteiligter Familien wurden mit Tablets ausgestattet, um am digitalen Schulunterricht teilnehmen zu können. Für andere Schüler gibt es eine Hausaufgabenbetreuung. Für Erwachsene, die noch in der Sowjetunion groß wurden, gibt es Sprachkurse, für andere Konzentrations- und Gedächtnistrainings, um sich fit zu halten. und etwa 30 ältere Mitglieder der Gemeinde bekommen seit der Pandemie zweimal wöchentlich ein Mittagessen nach Hause geliefert, das erleichtert ihnen den Alltag und entlastet die Angehörigen.

Senioren, die in Altersheimen leben, werden ebenfalls betreut, wobei man einen kultursensiblen Umgang pflegt. Julia Rappoport macht ein Praxisbeispiel auf: manche Ältere weigern sich, sich Blut abnehmen zu lassen, weil sie als Kinder von den Deutschen dazu gezwungen worden waren, für verletzte Wehrmachtssoldaten Blut zu spenden. Die Narben der Vergangenheit sitzen manchmal tief. Wenn man aber weiß, was einen

Menschen bewegt, kann man sich besser auf ihn einstellen und ihm seine Würde lassen, ohne die Fürsorgepflicht zu vernachlässigen. Insgesamt, so die Leiterin der Integrationsagentur, könne die viele Arbeit nur gelingen, weil es bürgerschaftliches Engagement vor Ort gebe, und diese helfenden Hände seien in der Mehrzahl keine jüdischen. Es gebe zahlreiche Ehrenamtliche in Oberhausen, ohne die die Arbeit der Integrationsagentur nicht gelingen könne, und dafür sei sie sehr dankbar.

Wie wichtig dieses Engagement ist, zeigt sich Anfang März 2022, schon bald nach dem Beginn von Putins Krieg gegen die Ukraine. Alle paar Minuten klingelt in der

Julia Rappoport kommt abschließend auch auf das Thema Antisemitismus zu sprechen. Es gebe verschiedene Wurzeln davon, ebenso viel Unkenntnis über jüdisches Leben. Nur wenige würden einen Juden persönlich kennen. Die Bildungsarbeit müsse besser werden, fordert sie nachdrücklich.

Seit März 2020 stelle die Gemeinde zudem fest, dass Corona- bzw. Pandemielegner den Antisemitismus verstärken. Hier spiele auch die AfD eine unrühmliche Rolle, von der sich die Jüdische Gemeinde klar distanziert, mit ausdrücklichem Hinweis auf die Erklärung „AfD – keine Alternative für Juden!“ des Zentralrats der Juden in Deutschland und anderer



Julia Rappoport leitet die jüdische Integrationsagentur

Integrationsagentur das Telefon, jeder Anruf ein Hilferuf. Die Integrationsagentur tut, was sie kann, sie unterstützt die geflüchteten Ukrainerinnen bei der Ankunft, der Registrierung, der Unterbringung oder bei Behördengängen. Täglich begegnen den Helfer:innen seelisches Leid und Angst um Familienangehörige, die in der Ukraine den russischen Angriffen ausgesetzt sind. Viele in der Jüdischen Gemeinde und der Integrationsagentur stammen aus der Ukraine oder aus Russland, manche haben in beiden Ländern familiäre Wurzeln. Aber alle denken ähnlich und handeln miteinander zum Wohle der vom Krieg Betroffenen. Entsprechend sind die Helfenden bisweilen Tag und Nacht unterwegs – selbstverständliche Hilfe, die mit den Maßnahmen der Stadtverwaltung und anderer Hilfsinstitutionen koordiniert ist.

jüdischer Organisationen. Man lasse sich von der AfD auch nicht gegen Muslime instrumentalisieren, denn sie seien nicht per se Judenfeinde.

Im Fazit von Julia Rappoport steht die Frage nach der Zukunft jüdischen Lebens in Deutschland. Einiges mache Sorgen, aber deshalb weggehen aus Deutschland? Das komme nicht in Frage, denn wirklich jeder in der Gemeinde fühle sich als Deutscher. Es habe sich viel zum Besseren verändert, auch die deutsche Gesellschaft habe sich geöffnet. Und doch bleibt nach Ende des Besuchs eine nachdenklich machende Aussage von Julia Rappoport besonders im Gedächtnis haften: „Ich glaube fest an ein jüdisches Leben in Deutschland, aber ich bin mir nicht sicher.“

## WELLENSITTICHE & PAPAGEIEN

**Hallo zusammen,**

wenn ich einen Satz benennen müsste, der für mich in Kürze das Lebensgefühl in den Zwanzigerjahren dieses neuen Jahrtausends beschreibt, dann wäre es folgender: „Diese Angaben können nicht unabhängig überprüft werden.“ Diesen Satz habe ich in letzter Zeit sehr, sehr häufig gelesen. Als regelmäßiger Bestandteil aller Artikel zum Krieg in der Ukraine zeigt er, wie schwierig es oft ist, eine Information oder Meldung überhaupt noch richtig einzuschätzen. Das ist seriös, aber auch hilflos, denn man muss sich eingestehen, dass es Situationen gibt, in denen man kaum noch bewerten kann, was nun wahr ist und was nicht. Und das gilt nicht nur für Kriege. „Fake News“, „Scripted Reality“, „Fake Reality“ und „urbane Legenden“ sind moderne Begriffe unserer Zeit für Lügen, Gerüchte und halbwahres Gebrabbel. Und davon gibt es eine ganze Menge. Denn nicht nur ehemalige amerikanische Präsidenten blubbern täglich eine große Anzahl von Hinterfragwürdigkeiten in die Welt. In unterschiedlich starker Ausprägung ist das eine Eigenschaft aller sprechenden Lebewesen und Papageien. Denn wenn der Ara Polly die Einschätzung „Omi ist lieb“ von sich gibt, dann spricht er nur das nach, was ihm beigebracht wurde. Wenn er sich dessen bewusst wäre, würde er sagen: „Omi ist lieb, aber diese Angabe kann nicht unabhängig überprüft werden.“ Allerdings bekommt er ja auch von Omi sein Futter. Das macht eine unabhängige Einschätzung doppelt schwer. Wer weiß das besser als mancher deutsche Ex-Bundeskanzler? Aber das nur nebenbei. Wie soll man nun mit dieser Problematik umgehen? Im Privaten haben die Menschen im Ruhrgebiet ja für Informationen, deren Wahrheitsgehalt nicht zu hundert Prozent abgesichert ist, eine Vielzahl von Formulierungen parat, z.B. „Ich will mich da jetzt nicht zu weit aus dem Fenster lehnen, aber...“, „Nagel mich da jetzt nicht drauf fest...“, „Ich weiß das ja auch nicht genau, aber ich meine, das ich irgendwo irgendwann mal gehört hab, dat...“, „Unsere Nachbarin sagt auch, dat...“ oder modern ausgesprochen „Ich hab irgend

wo ma im Internet gelesen...“, bzw. „Stand dat nich auch bei WhatsApp irgendetwas?!?“.

Das sind alles regionale Varianten von „Diese Angaben können nicht unabhängig überprüft werden.“ Und sie haben alle eins gemeinsam. Die nicht überprüfbareren Angaben werden danach trotzdem präsentiert. Man könnte sie ja auch für sich behalten. Aber das widerspricht dem Wesen des Menschen. Zumindest meine ich, ich habe sowas irgendwann irgendwo mal gelesen oder gehört, aber nageln Sie mich da jetzt nicht drauf fest. Wie auch immer, bei mir weckt dieser Satz „Diese Angaben können nicht unabhängig überprüft werden“ jedenfalls vor allem eins: einen Wunsch nach Überprüfbar. Gerade in Wahljahren würde man sich darüber ja manchmal freuen. Aber Wahrheit ist nicht zwangsläufig das Wesen von Politik. Ich meine, das habe ich irgendwo mal im Internet gelesen, aber ich will mich da jetzt auch nicht zu weit aus dem Fenster lehnen. Wobei es auch Wahrheiten gibt, die so simpel sind, dass sie kaum noch einer Überprüfung bedürfen. Z.B. diese hier: je weniger Waffen es auf der Welt gibt, desto weniger werden verwendet. Und diesen banalen Satz könnte man eigentlich allen Staatslenkern und Geopolitikstrategen der Erde auch mal beibringen. Aber diese Leute lernen einfach viel langsamer als Omis Ara-Papagei. Und diese Angabe können Sie jetzt gerne mal unabhängig überprüfen.

Bis die Tage!

Matthias Reuter



Das Land NRW  
 und Oberhausen  
 sind weltoffen.

Vielfalt und Toleranz sind die Eckpfeiler unserer Demokratie. Mit dem Programm „NRWeltoffen“ handeln das Land NRW und die Stadt Oberhausen gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Ideen, Fragen, Anregungen an:  
 André Wilger  
 Stadt Oberhausen  
 Telefon 0208 - 43969319  
 E-Mail: nrweltoffen@awo-oberhausen.de

Soziale Arbeit für das Gemeinwesen  
**MITTEL GEGEN RECHTE ORIENTIERUNGEN**

Rechtsterror, wie die im Jahr 2011 aufgedeckte Mordserie des NSU 2000 bis 2007, am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Jahr 2019, 2019 in Halle oder 2020 in Hanau, bringen Rechtsextremismus in die öffentliche Wahrnehmung. Diese tödliche Gewalt verdrängt aber oft den Blick auf

Infragestellung demokratischer Grundstandards und der Angst und Vereinzelung der Betroffenen, wendet sich die in diesem Beitrag vorgestellte menschenrechtsorientierte Gemeinwesenarbeit (GWA). Alltagsdiskriminierung, die die Wissenschaft Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) nennt, sind ein Problem aller gesellschaftlichen Schichten und Altersgruppen. Aktuell zeigt sie sich in Corona-Protesten, bei denen häufig antisemitische Verschwörungserzählungen reproduziert werden und in denen es an Abgrenzungen gegenüber extrem rechten Gruppen sowie an Mitgefühl und Solidarität für die schwächeren und für das Virus anfälligeren Gruppen unserer Gesellschaft mangelt. GWA ist ein Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit, dass Initiativen und Einzelpersonen aus der demokratischen und gemeinsinnorientierten

Religionsgemeinschaften an, die sich für das lokale Miteinander engagieren. Diese Menschen und Gruppen will GWA durch gemeinsam organisierte Bildungs-, Dis-

geeigneten Umgang mit [...] einer antiaufklärerischen, exkludierenden und antidemokratischen >Zivilgesellschaft<. Hierunter ist zivilgesellschaftliches Engagement zu verstehen, das sich – [...] gerade durch seinen nicht zivilen Charakter auszeichnet [...].“ Diese durch zahlreiche Forschungen belegte „dunkle Seite der Zivilgesellschaft“, gibt es in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen.

aus einer Geschichtswerkstatt mit Schüler\*innen und deren Verknüpfung mit einem deutsch-israelischen Schüler\*innenaustausch ein mehrjähriges internationales Menschenrechtsprojekt, das lokale Geschichte(n) von Ausgrenzung, Gewalt und Verletzung von Menschenrechten zum Ausgangspunkt einer alltagsnahen Auseinandersetzung mit heutigen Ausgrenzungs- und Gewalterfahrungen macht. Aus dem lokalen Wunsch nach Orts- und Tourismusent-



„Veränderungen führen zu mehr demokratischer Kultur.“  
 Friedemann Bringt

**DEMOKRATISCHE GRUNDWERTE SIND UNVERHANDELBAR**

Menschen, die Alltagsrassismus und Benachteiligungen thematisieren, gelten oft als Nestbeschmutzer\*innen. GWA kann sich zu solchen Ausschließungsprozessen nicht neutral verhalten. Sie muss vielmehr eine parteiliche und solidarische Haltung mit diskriminierten und an den Rand der gesellschaftlichen Wahrnehmung gedrängten Gruppen einnehmen. Das kann und soll zu Konflikten mit den nicht selten aggressiven und lauten nicht-demokratischen Gruppen und zu einem Erlebarmachen von Menschenrechtsorientierung in alltagspraktischen Nachbarschaftsprojekten führen. Wenn etwa die Heimunterbringung geflüchteter Menschen in einem Stadtteil Konflikte hervorruft, die extrem rechte Gruppen nutzen und rassistisch aufladen, hilft GWA. Sie hilft bei der Organisation von Schutzorten und unterstützt und vernetzt Betroffene rassistischer Anfeindungen und deren Helfer\*innen. Sie unterstützt lokale Politik und Initiativen bei der Organisation dezentraler Wohnungen und WGs für Geflüchtete.

„Es gibt auch eine dunkle Seite der Zivilgesellschaft.“  
 Friedemann Bringt

kussions- und Kulturprojekte erreichen. Das ermöglicht ihnen eine längerfristige Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Einstellungen und eigene Wirksamkeit sowie eine (Wieder-)Belebung demokratischer Beteiligungs- und Gestaltungskraft.

**AUSEINANDERSETZUNG MIT GESELLSCHAFTLICHER RECHTSDRIFT**

GWA überwindet den in Deutschland häufig verkündeten Blick auf Ehrenamt und zivilgesellschaftliche Organisationen, deren Wertekanon nicht selten rassistisch aufgeladen und undemokratisch ist. Der Bericht „30 Jahre Deutsche Einheit“, beschreibt die spürbare Rechtsverschiebung der letzten Jahre exemplarisch: „Offen thematisiert werden muss in Politik und Gesellschaft die Frage nach dem

wicklung entwickelte GWA mit Partner\*innen die Idee, in grenz- und generationsübergreifenden Steinmetzworkshops Sandsteinskulpturen herzustellen und einen Wanderweg zu gestalten. So wurden lokale Handwerkstradition und generationsübergreifende Projektarbeit zum Mittel dafür, interkulturelle Kompetenzen und die Verweilzeit von Tourist\*innen im Ort zu vergrößern. Gleichzeitig werden lokalpolitische Wirksamkeit und demokratische Aushandlungsprozesse erfahrbar.

alltägliche Kontinuitäten rechter und rassistischer Gewalt in der Erfahrungswelt vieler Menschen in diesem Land, bis hin zu den Wahlerfolgen der AfD oder antisemitischen Verschwörungserzählungen im Zuge der Corona-Pandemie. Gegen die täglichen Geschichten vom Verschweigen und Verdrängen rassistischer Gewalt, der

Mehrheit der Bevölkerung in ihrem Wohn- und Lebensumfeld aktiviert und vernetzt, damit sie sich mit Alltagsrassismus und Diskriminierung und für vitale demokratische Grundwerte einsetzen können. Jenseits der Schule trifft GWA vor Ort altersgemischte Gruppen in Vereinen, Nachbarschaftsprojekten, (Kultur-)Initiativen oder

**Gemeinsam für Toleranz und Vielfalt**

**Deutliches Zeichen für den Frieden!**

Wenige Tage nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine haben mehr als tausend Bürgerinnen und Bürger Oberhausens gegen den Krieg demonstriert.



Die Sehnsucht nach Frieden zog sich durch die Reden, die bei den Kundgebungen gehalten wurden. Auf vielen Plakaten war dies ebenfalls zu lesen. Den Teilnehmenden war deutlich anzumerken, dass sie geschockt von der Aggression und Rücksichtslosigkeit des russischen Präsidenten Wladimir Putin waren.

Die Menschen in Oberhausen haben mit der Demonstration ein deutliches Zeichen für die sofortige Beendigung des Krieges gezeigt und ihre Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung zum Ausdruck gebracht.

**SOZIAL-KULTURELLE BILDUNGS- UND PROJEKTANGEBOTE**

GWA verknüpft Angebote für Bildung und Kultur mit dem Erlebarmachen eines demokratischen und inklusiven Miteinanders. Sind Bewohner\*innen etwa erreichbare und bezahlbare Zugänge zu Kultur und ein gutes Zusammenleben in ihrer Nachbarschaft wichtig, kann GWA sie bei der Entwicklung eines Nachbarschaftscafés unterstützen. In diesem finden neben Kleinkunst auch lokale Diskussionsveranstaltungen und interkulturelle Begegnungen Ortsansässiger mit Hinzugezogenen (z.B. geflüchteten Menschen) und kulturbezogene Angebote der politischen Bildung, wie thematische Kino- und Theateraufführungen oder Lesungen statt. Ist eine grenzüberschreitende Schulpartnerschaft ein Anliegen von Eltern, Schüler\*innen und Pädagog\*innen einer Schule, verknüpft GWA dies mit der Auseinandersetzung zur NS-Geschichte des eigenen Ortes und aktuellen Informationen zu extrem rechter Gewalt. So entsteht



Friedemann Bringt ist Sozialarbeiter und gründete 2001 die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Kulturbüro Sachsen e.V. mit und ist heute Fachreferent für Qualitäts- und Berufsfeldentwicklung beim Bundesverband Mobile Beratung e.V. Er koordinierte in Sachsen einige GWA-Projekte und promovierte 2019 berufsbegleitend mit einer wissenschaftlichen Auswertung solcher Projekte und dem Titel: „Umkämpfte Zivilgesellschaft. Mit menschenrechtsorientierter Gemeinwesenarbeit gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit“. Sein gleichnamiges Buch erschien 2021. Es stellt die Forschungsergebnisse vor und gibt praktische Anregungen.

**Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus**

Ende März veranstaltete die Ev. Kirchengemeinde Königshardt-Schmachtendorf eine Banner-Aktion. Es wurde mit den Anwesenden ein Banner mit dem Schriftzug „Der wichtigste ABSTAND ist der nach RECHTS“ gestaltet, der an dem Gemeindezentrum seinen Platz findet. Bezugnehmend auf die wiederkehrende Präsenz von AfD-Anhänger\*innen und Personen mit rechtem Gedankengut bei Corona-Demonstrationen, soll diese Botschaft die eindeutige Haltung der Gemeindemitglieder sowie Unterstützer\*innen im Oberhausener Norden zeigen. Denn der Corona-

Abstand ist natürlich wichtig, aber der wohl wichtigste Abstand ist und bleibt der nach rechts!



## JUNG ODER ALT? 60 Jahre Gedenkhalle

von Clemens Heinrichs

**Mancher Mensch, der 60 Jahre alt ist, ist vielleicht schon in Rente, während andere noch ein paar Jahre Arbeit vor sich haben. Bei Gedenkstätten zum Nationalsozialismus sieht das etwas anders aus, so auch in der Gedenkhalle, die am 2. September diesen Jahres 60 Jahre alt wird.**

Im Unterschied zum Menschen ist bei der Gedenkhalle nicht zu erwarten, dass sie jemals in Rente

„Die Geschichte des Nationalsozialismus muss im Bewusstsein der Menschen erhalten bleiben.“

Luise Albertz, langjährige Oberbürgermeisterin

gehen wird, da ihre Aufgabe mit jeder neuen Generation aufs Neue beginnt: Bildung vermitteln. Dabei erneuert sie sich im laufenden Betrieb ständig neu. Von außen wird man kaum sehen, wie viel Wissen sie in den bald sechs Jahrzehnten angesammelt hat. Während andere

onalsozialistischen Terrorregimes in Oberhausen zwischen 1933 und 1945 sichtbar machen sollte. Solche Orte gab es in der alten Bundesrepublik 1962 noch nicht.

Als die Gedenkhalle 1982 dann stolze 20 Jahre alt wurde, gab es immer noch kaum eine Gedenkstätte in Nordrhein-Westfalen. Erst 1980 war die Alte Synagoge in Essen zur Mahn- und Gedenkstätte umgewidmet worden. Im März 1982 wurde im Kreismuseum der Stadt Büren eine Ausstellung zur Wewelsburg als Kult- und Terrorstätte der SS eingerichtet. Fünf Jahre später wurde in Düsseldorf die Mahn- und Gedenkstätte zur Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Gewalt eröffnet. Und wieder ein Jahr später, 1988, wurde das NS-Dokumentationszentrum im EL-DE-Haus in Köln eingerichtet.

Als die Gedenkhalle dann 30 Jahre alt wurde, steckten viele andere Gedenkstätten noch in den Kinderschuhen. Das Jüdische Museum Westfalen in Dorsten wurde in diesem Jahr neu begründet; es wird in diesem Jahr 30 Jahre alt. Und in der Dortmunder „Steinwache“ eröffnete im Oktober 1992 eine Ausstellung zu Widerstand und Verfolgung 1933 bis 1945. Andere,



Aktuell: Die Gedenkhalle setzt sich mit der eigenen Geschichte auseinander  
 © Fotoarchiv Gedenkhalle, 2019

dort, unterstützt von einer Aufsicht. Heute ergänzen drei weitere Mitarbeiter:innen den ursprünglichen Personalbestand – und sind Gold wert für die nachhaltige Verbesserung der Arbeit der Gedenkhalle. Dazu kommen noch drei Mitarbeiter:innen in zwei befristeten Förderprogrammen, d.h. im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und im Landesprogramm „NRWeltoffen“. Beide Programme sind schwerpunktmäßig in den Themenfeldern Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und

Rechtsextremismusprävention tätig. Von Auszubildenden und Praktikant:innen ist hier nicht zu reden, die im Betrieb „nebenbei“ mitlaufen. Kurz und gut, so viel war noch nie. Und das ist gut so, weil es einfach nötig ist.

Angesichts des zeitlichen Abstands zum Nationalsozialismus mag sich die eine oder der andere fragen, wieso das alles nötig sein soll, und das auch noch mit einem Mehr gegenüber 1962. Dies ist leicht zu beantworten: weil junge

Menschen in Deutschland heute in aller Regel keine eigenen Erfahrungen mehr mit einem totalitären Regime haben machen müssen – zum Glück – und daher erst lernen müssen, was für ein Unrecht und welche Verbrechen der nationalsozialistische Staat begangen hat, bis er endlich 1945 von den Alliierten beseitigt wurde. Zugleich gab es einen Generationenwechsel in der deutschen Gesellschaft: die „echten“ Nazis aus der Zeit bis 1945 verstarben, oftmals ungestraft für ihre Taten, aber ihr Gedankengut wird durch Neonazis und sonstige Neue Rechte bis ins Heute weitergetragen. Dies führt zu neuer Volksverhetzung, zu neuen Gewalttaten, Straftaten und Verbrechen bis zum Mord. Dagegen heißt es angehen,

Aus der „Sprache des 3. Reichs ihren Geist feststellen ... bringe ich ohne Brechreiz erst über mich, wenn ich das Ganze überlebt habe ...“

Tagebücher Victor Klemperer, Juni 1941

um noch größeren Schaden von unserer Gesellschaft abzuwenden. Dass dies alles nach 1945 kein neues Phänomen ist, zeigt ein Blick in die frühen 1990er-Jahre, als die Gedenkhalle 30 Jahre jung (oder alt) war. Was für unvorstellbare Verbrechen geschahen aber auch damals in der Bundesrepublik: Im

Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite



Die Gedenkhalle vor der Fertigstellung 1962  
 © Stadtarchiv Oberhausen, Vorlass Ruth Gläser

Teile der Verwaltung irgendwann laufende Vorgänge bearbeitet und abgeschlossen haben, wächst in der Gedenkhalle das Volumen, das nötig ist, um das angesammelte Wissen langfristig zu speichern – und das kann dann auch mal die Kolleg:innen von der Informationstechnologie verblüffen, wenn sie feststellen, wieviel Datenvolumen wir inzwischen „fressen“.

Als die Gedenkhalle 1962 eingeweiht wurde, war völlig unabsehbar, wie sich die deutsche Gesellschaft entwickeln würde. Was man sich zur kritischen Bewältigung der Geschichte damals dachte, war etwas sehr anderes als heute. Eins aber war von Beginn an klar, und das hatte schon die damalige Oberbürgermeisterin Luise Albertz gesagt: Hier sollte ein Ort der Begegnung und des Austauschs entstehen, der die Geschichte des nati-

so die Villa ten Hompel in Münster, wurden erst 1999 oder noch später eröffnet. Aber spät ist nicht zu spät, denn jede einzelne NS-Gedenkstätte hilft. In der direkten Oberhausener Nachbarschaft gab es zu dieser Zeit noch keine NS-Gedenkstätten, auch noch nicht in Duisburg. In Dinslaken, Bottrop oder Mülheim finden sich bis heute keine NS-Gedenkstätten.

Seit 1962 haben viele NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte nicht nur in Nordrhein-Westfalen die so früh gegründete Oberhausener Gedenkhalle überflügelt, nimmt man als Maßstab die Größe des zur Verfügung stehenden Raumes, die personelle Ausstattung, den Haushalt oder andere Vergleichsgrößen. Nichtsdestotrotz wird auch die Gedenkhalle immer noch ein wenig „mehr“. Noch 2003 arbeitete nur eine Fachkraft

## In Zukunft wird das Angebot im Schloß Oberhausen erweitert Gedenkhalle feiert Geburtstag: 30 Jahre erlebbare Geschichte

„Kein nachträglicher Urteilsspruch allein löscht die Vergangenheit aus und überwindet sie, die jeden Tag droht, wieder Gegenwart zu werden“, sagte Oberbürgermeisterin Luise Albertz anlässlich der Eröffnung der Gedenkhalle im Schloß Oberhausen vor 30 Jahren. Ein Zitat, das die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung verdeutlicht, denn das Thema Nationalismus und Rechtsradikalismus kann schließlich noch längst nicht ad acta gelegt werden. So wird die städtische Gedenkhalle auch in Zukunft noch erweitert werden und neue Themenbereiche aufgreifen.

Die Geschichte der Gedenkhalle begann bereits lange vor 1962. Oberhausener Persönlichkeiten, wie Luise Albertz, Willi Meinicke oder Martin Heix, die sich schon während des Nationalsozialismus für Frieden und Demokratie engagiert haben, setzten ihr Wirken fort: Geschichte sollte erlebbar und nachvollziehbar in Form von aktuellen, wechselnden Ausstellungen präsentiert werden.

1959 stellte die SPD-Fraktion den Antrag auf Einrichtung von entsprechenden Räumen im Schloß. Schon drei Jahre später, am 2. September 1962, konnte

die 165 Quadratmeter große Halle im Seitentrakt im Zuge der Feiern zum 100jährigen Gemeinde-Jubiläum eingeweiht werden. Seit diesem Tag zielt auch das Mahnmahl „Die Trauernde“ von Willy Meller den Schloßinnenhof.

Informieren, Gedenken, Lernen sind Oberbegriffe, die die Arbeit der Gedenkhalle kennzeichnen. 1989 wurden die Aufgaben erweitert: Zu Angeboten wie Ausstellungen, Führungen, Dokumentationen und Veranstaltungen kam aus der Erkenntnis, daß gegenwärtige Phänomene durchaus in Bezie-

hung gesetzt werden müssen zu Entwicklungen in der jüngeren Vergangenheit, die „Infostelle gegen rechtsextremistische Tendenzen“ hinzu. In Kürze finden auch Aspekte aus der Lokalgeschichte – Zwangsarbeit, jüdische Familien, katholischer Widerstand, Kriegsfolgen – Berücksichtigung.

Ein Satz aus dem Johannes-Evangelium steht auf der Ehrentafel für die Opfer des Nationalsozialismus, er mahnt, die jüngere deutsche Geschichte nicht zu vergessen oder zu verleugnen: „Nur die Wahrheit wird uns freimachen.“ ung

WAZ und NRZ, 26.8.1992: Das Arbeitsspektrum der Gedenkhalle wird erweitert  
 © Archiv Gedenkhalle



## KLARE KANTE ZEIGEN – DIE IG METALL

Die IG Metall in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und zusätzlich belastet durch die Pandemie. Ein Gespräch mit Jörg Schlüter, Geschäftsführer IG Metall MH/E/OB.

von Klaus Offergeld

Für die IG Metall in Oberhausen hat es in der älteren und auch jüngeren Zeit Phasen mit großen Erfolgen in den Tarifverhandlungen und massivem Zulauf neuer Mitglieder gegeben. Die Stahlindustrie in den Händen von Thyssen Niederrhein, der GHH und den nachgeordneten Zulieferbetrieben fand in der Industriegerwerkschaft stets einen nicht nur harten, sondern auch zuverlässigen Gesprächs- und Verhandlungspartner. Man kannte sich, man schätzte sich.

Massive  
 Existenznöte der  
 Beschäftigten

Doch bekanntlich änderten sich die Zeiten spätestens in den 1970er-Jahren. Der Stahlstandort Oberhausen, nicht von ungefähr als „Wiege der Ruhrindustrie“ bezeichnet, wurde in seinen Grundfesten erschüttert. Tausende Arbeitsplätze standen auf der Kippe und wurden trotz anhaltender und massiver Gegenwehr der Beschäftigten letztlich vernichtet. Es waren Arbeitskämpfe und Streiks mit 10.000 demonstrierenden Metallern, die sich am Puls der Oberhausener Stahlindustrie an der Essener Straße zu Protestmärschen trafen und für den weiteren Herzschlag der hiesigen Wirtschaft kämpften.

Der Ausgang der Geschichte ist bekannt. Dort, wo seinerzeit die

Hochöfen und dann auch die Gemüter der Stahlarbeiter kochten, prunkt heute das Centro. Die letzte übrig gebliebene Fläche am Brammenring wird aktuell mit der neuen Topgolf Anlage und künftig voraussichtlich mit Rück/XXL komplettiert. Richtung Frintroper



Jörg Schlüter (li.), IG Metall, im Gespräch mit Dirk Paasch, Demokratie leben!

Gleispark soll nach den Vorstellungen der Politik Wohnraum entstehen. Damit wird das Kapitel Stahlindustrie in Oberhausen endgültig Geschichte sein.

Die aktuellen Anforderungen an die IG Metall, die immer noch im mittlerweile sanierten und hübsch renovierten DGB-Haus an der Friedrich-Karl-Straße beheimatet ist, sehen anders, auch kleinteiliger, aber nach wie vor anspruchsvoll und mindestens so anstrengend aus. Die dominierenden Größen vom Markt sind weg, es blieben ein paar größere, einige mittelständische und viele kleine Unternehmen. Mittlerweile hat die IG Metall Betriebe aus den drei Städten Mülheim, Essen und Oberhausen unter ihren Fittichen. Entsprechend sieht auch der Zuschnitt der IG Metall Geschäftsstelle aus, die neue Zeit erforderte eine Neuaufstellung der IG Metall.

Erster Bevollmächtigter und Geschäftsführer für die IG Metall

Mülheim, Essen und Oberhausen (MEO) ist Jörg Schlüter, der im Gespräch mit der Demokratiezeitung Oberhausen über aktuelle Anforderungen an die IG Metall und deren Mitglieder sprach und dabei auch nicht die zusätzlichen Belastungen durch die mittlerwei-

le seit zwei Jahren anhaltende Pandemie verschweigen wollte und konnte.

„Wir haben es in den von uns betreuten Betrieben mit massiven Existenznöten und natürlich auch mit Zukunftsängsten zu tun“, beschreibt Schlüter die Lage. „Es geht aktuell um schwerwiegenden Stellenabbau, natürlich auch, aber nicht nur, der Pandemie geschuldet. Mit dem Abbau von Stellen einher geht für uns ein Verlust an Mitgliedern. Wir müssen Austritte verzeichnen. Wir tun, was wir können, setzen uns massiv für unsere Mitglieder ein. Gerade in dieser Phase ist das Kurzarbeitergeld von enormer Wichtigkeit.“

Aber die Talsohle scheint erreicht, und Jörg Schlüter wittert Morgenluft, sieht Licht am Ende des Tunnels. „Die Menschen wussten und wissen, was sie an uns haben. Wir verzeichnen viele Eintritte und freuen uns auch über zahlreiche Rückkehrer. Die Zeiten änderten

sich zwar, aber die Menschen vertrauen uns nach wie vor. Wir sind ein starker Partner, und unsere neuen Mitglieder sind ebenfalls von einem starken Schlag. Wer, wenn nicht die IG Metall, setzt sich für gute Arbeits- und Lebensbedingungen in unseren Branchen ein?“

Die neuen Mitglieder kommen nicht mehr überwiegend aus dem Stahl, sondern aus den Handwerksbereich, dem Elektro-, aber auch aus dem KfZ-Handwerk. „Das sind starke Beschäftigte aus dem KfZ-Bereich, und die sind sehr gut aufgestellt und selbstbewusst unterwegs. Dass die nun zu uns kommen, war der zuständigen Innung schon ein Dorn im Auge. Die wollten ihre Leute nicht unbedingt bei der IG Metall sehen.“

„Das war echt immer harte Arbeit für uns und erinnerte mich eher an einen Häuserkampf“, beschreibt Schlüter die neuen Wege der IG Metall. „In den Autohäusern haben wir Zulauf. Es gibt zwar viele Sammelbetriebe, was für uns einerseits schwierig, aber eben auch gut ist.“

Die Zeiten werden auch 2022 für alle Beteiligten kaum ruhiger oder gar rosiger. Mit den Betriebsratswahlen stehen für die IG Metall auch neue Herausforderungen an. „Die Zeiten sind mittlerweile so, wir müssen auch auf rechte Betriebsratslisten achten. Oder klar gesagt, wir müssen rechte Listen verhindern!“ Mittlerweile kommen auch aus den Belegschaftsversammlungen Rückfragen zu Rechtsaußen, aber eben auch Hinweise, dass dort keine Parteipolitik betrieben werden soll.

Es geht letztlich auch um die AfD, die in den Betrieben durchaus schon präsent ist. „Dafür sind wir natürlich nicht zu haben“, betont Schlüter. „Manche halten sich eben nicht an unsere Leitlinien und unser Verständnis. Aber wir stehen dazu und werden das mit unseren Sekretärinnen und Sekretären durchsetzen“, ist seine klare Ansage. „Diese Phase braucht aus unserer Sicht mehr Dialog und mehr Kommunikation aber auch das Bewusstsein, das viele Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben unsicher geworden sind. Und was die andauernde Pandemie angeht, sehen wir Impfungen als Eigennutz und als eine Form von Solidarität. Da müssen wir klare Kante zeigen.“

Wie sieht es mit Alltagsrassismus in den Betrieben aus? Schlüter: „Zunächst ist das eine Frage des Betriebsfriedens, und dabei kann der Betriebsrat einschreiten. Im Rahmen unserer Betriebsbetreuung werden wir nicht müde aufzuklären und zu diskutieren. Aber in dieser Hinsicht hatten wir seit geraumer Zeit keine gravierenden Probleme.“ Rechte Übergriffe laufen in den Betrieben nicht mehr. Darauf achten übrigens auch die

Arbeitgeber verstärkt, sagt der IG Metall-Bevollmächtigte.

Insgesamt sieht Schlüter die IG Metall, allgemein und natürlich auch im Bereich Mülheim, Essen und Oberhausen, neu aufgestellt und den aktuellen Anforderungen gewachsen. „Unsere Arbeit ist vielfältiger geworden, und unser Team steht für Vielfalt. In unseren Seminaren sind die Menschenrechte mittlerweile regelmäßig Thema.“ Was gleichermaßen für die Jugend in der IG Metall gilt. Auch bei den Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) stehen in diesem Jahr Wahlen an. Gemeinsame Aktionen für Respekt und ein neues Projekt zur Geschichte der Gewerkschaft sollen realisiert werden. Die IG-Metall-Jugend gemeinsam mit der DGB Jugend wird auch weiterhin Gedenkstättenfahrten zu Orten des Nazi-Terrors unter-



nehmen. Schlüter: „Wir haben aus unserer Geschichte gelernt und wollen alte Fehler nicht wiederholen. Wir sind als IG Metall eine Einheitsgewerkschaft.“ Womit viele alte Grundsätze und neue Anforderungen genannt sind. Es geht für Schlüter letztlich darum, „dass wir als Team IG Metall die nötige Transformation aktiv gestalten. Die Herausforderungen der Zukunft wahrnehmen und für unsere Mitglieder einstehen.“ Und das nicht nur im gewerkschaftlichen Rahmen, sondern darüber hinaus. „Wir dürfen keine Stadtteile vergessen und links (schon gar nicht rechts) liegenlassen. Das machen wir auch nicht!“

Fazit: In Oberhausen klappt vieles schnell und konsequent, wenn es gegen Rechts geht.

Zur Person:  
 Jörg Schlüter hat bei Babcock in Voerde seine berufliche Laufbahn mit einer Ausbildung begonnen. Dort wurde er auch in die JAV gewählt. Seit 2002 arbeitet er bei der IG Metall. Der 52-Jährige lebt in Voerde, ist verheiratet und hat zwei Kinder.

### Gemeinsam für Toleranz und Vielfalt

#### Kennenlernen statt pauschal verurteilen

Fast jedes Mitglied der Volksgruppe der Roma hat Diskriminierungen und Vorurteile schon erlebt. Eine übernommene negative Einstellung ihnen gegenüber ist fast schon ein traditionelles Problem. Dabei beruht diese Ablehnung in den allermeisten Fällen gar nicht auf eigenen Erfahrungen, sondern auf einem Klischee über „Zigeuner“.



Einige Mitglieder der Volksgruppe haben sich 2019 in Oberhausen versammelt, um sich selbst zu organisieren und eine „Integration“ in die Stadtgesellschaft zu verbessern. Daraus ist das „Roma Integrationszentrum Oberhausen (RIZ)“ entstanden. Das RIZ sieht es unter anderem als eine wichtige Aufgabe an, über die Roma-Geschichte, die Kultur, die Tradition und Herkunft aufzuklären. Denn Menschen, die informiert sind, können ihre Vorurteile hinterfragen und abbauen. Nun hat das RIZ eine Broschüre erstellt, die anschaulich über Roma in Europa und Oberhausen erzählt und informiert. Die Leserschaft erfährt etwas zum Ursprung und Geschichte der Volksgruppe, zur Sprache Romanes, Symbolen, typischen Berufen, Feiertagen und traditionellen Werten.

Die Broschüre kann kostenlos beim Demokratiebüro (info@demokratiebuero.de) bestellt werden.

## INTEGRATION DURCH ARBEIT Rahmat hat die Integration geschafft

von Peter Holtkamp

**Die Integration von Geflüchteten ist eine große Herausforderung und anstrengend. Für Geflüchtete, Integrationshelfer und die gesamte Gesellschaft. Aber auch, wenn das von Teilen der Gesellschaft oft so empfunden wird und bestimmte Gruppen diese Empfindung politisch ausschalten, sind viele Geflüchtete tatsächlich meist nur eine temporäre Belastung für die Gesellschaft. Bald schon tragen sie erheblich dazu bei, dass die Gesellschaft in Deutschland auch in Zukunft funktionieren kann.**

Wer mit neu angekommenen Geflüchteten arbeitet, empfindet es zu Beginn so, dass eine Integration der Menschen zunächst nahezu unmöglich erscheint. Alleine die fehlende Kommunikationsfähigkeit macht jeden Anfang schwierig. Hilfreich sind hier Geflüchtete, die entweder schon länger in Deutschland sind und dementsprechend schon Deutschkenntnisse haben oder solche, die eine gemeinsame Fremdsprache sprechen. Wenn die Kommunikationsfähigkeit erst einmal hergestellt ist, erkennen Integrationshelfer schnell, welche Geflüchteten Potential haben. Die Gesellschaft tut gut daran, insbesondere die UMAs (unbegleitete Minderjährige Asylsuchende) mit Potential ausbildungsfähig zu machen und auszubilden und so mittelfristig den Fachkräftemangel in

Pflege- und anderen Ausbildungsberufen zu verringern.

Am Beispiel von Rahmat F. möchte ich aufzeigen, wie Integration trotz großer Herausforderungen gelungen ist. Den größten Anteil an der gelungenen Integration hatten die Arbeit der ehrenamtlichen Integrationshelfer und die persönliche Einstellung des Geflüchteten.

Rahmat war 16 Jahre alt, als er mit seinem jüngeren Bruder und seinem Cousin 2015 mit der ersten Flüchtlingswelle ohne Eltern nach Deutschland kam. In Oberhausen wurde die Eisenheimschule als Erstaufnahmehaus für UMAs eingerichtet, Rahmat wohnte zunächst dort und wurde vom Jugendamt in Obhut genommen. Rahmat und sein Cousin fielen in Eisenheim durch ihre ausgeprägte Höflichkeit und dadurch auf, dass sie sehr gut Englisch sprachen. Sie halfen z. B. ehrenamtlich regelmäßig auf der Krankenstation durch Übersetzungen und stellten die Kommunikationsfähigkeit mit Integrationshelfern und Jugendamt her.

Zu der Zeit musste sich jeder Mitarbeiter aus dem Betreuungsbereich des Jugendamtes um ca. 50 UMAs kümmern. Schnell wurden neue Jugendhilfeorganisationen gegründet, die sich fortan um die UMAs kümmerten. Auch Hilfsorganisationen aus Nachbarstädten boten ihre Dienste an. Für Rahmat war eine Organisation aus

Duisburg zuständig. Er zog nach einem kurzen Aufenthalt im Friedensdorf daher mit seinem Bruder und seinem Cousin nach Duisburg. Die drei Jungen mussten sich zunächst zurechtfinden, lernten sehr viel und schnell und hielten den Kontakt nach Oberhausen, wo sie auch zur Schule gingen.



Wie alle Asylsuchenden hatte auch Rahmat das Asylprüfungsverfahren absolviert. Während sein Cousin und sein Bruder subsidiären Schutz erhielten, wurde Rahmats Asylantrag abgelehnt. Alle drei Jungen haben die gleiche Geschichte. Sie wohnten in Afghanistan zusammen im gleichen Haus und die Väter arbeiteten beide für eine Hilfsorganisation. Die Asylablehnung führte bei Rahmat zu Unverständnis und Frustration. Die (besonders auf mentaler Ebene) erforderliche Unterstützung durch die betreuende Jugendhilfeorganisation blieb aus. Sämtliche Unterstützung kam von Integrationshelfern aus Oberhausen. Schließlich konnten die Jungen wieder nach Oberhausen ziehen.

Während Rahmat zur Schule ging, wollte er für eine Woche freigestellt werden, um in einem Dachdeckerbetrieb für einen Ausbildungsplatz probearbeiten zu können. Das wurde ihm verweigert. Niemand stellt aber einen Geflüchteten ein, der nicht probearbeitet hat. Nachdem Rahmat den Hauptschulabschluss geschafft hatte, versuchte er zunächst einen Ausbildungsplatz im Kfz-Bereich zu finden. Er arbeitete mehrere Wochen unbezahlt an einer Tankstelle zur Probe. Dort wurde er allerdings in Kenntnis seiner Lage nur ausgenutzt. Seine Hoffnung auf einen Ausbildungsplatz wurde enttäuscht.

2017 fand Rahmat schließlich einen Ausbildungsplatz in dem Heizungs-Fachbetrieb. Die Arbeit machte ihm großen Spaß. Er war freundlich und fleißig und bei Kollegen und Kunden beliebt. Allerdings hatte Rahmat große Probleme in der Berufsschule. Diese lagen zum einen darin begründet, dass er noch nicht ausreichend Deutsch sprach und daher den fachlich anspruchsvollen Stoff nicht verstand. Zum anderen kam Rahmat mit dem respektlosen Verhalten seiner Mitschüler nicht klar, die andauernd den Unterricht störten und den schwächeren Schülern nicht halfen, sondern diese sogar behinderten. Den für Rahmat selbstverständlichen respektvollen Umgang gab es in der Berufsschule nicht. Das Gegenteil war der Fall. Die Berufsschule führte dazu, dass Rahmat die Ausbildung nicht weiterführen konnte und diese abbrach. Für Rahmat war der Abbruch der Ausbildung eine sehr schwere Entscheidung. Eine Ausbildung hätte ihn vor Abschiebung geschützt.

ihm aufgetragen wurde und entwickelte sich rasch weiter. Da er sehr gut mit Kindern arbeiten und umgehen konnte, startete Rahmat eine Ausbildung zum Kinderpfleger. Die Kinder mögen Rahmat sehr und er hat großen Spaß bei der Arbeit. Die Klage gegen die Asylablehnung war erfolgreich, der Fehler des BaMF wurde korrigiert. Rahmat konnte seine Ausbildung erfolgreich abschließen. Seit November 2021 ist er fest in einer Kita in Oberhausen angestellt. In einem Beruf, bei dem es erheblichen Arbeitskräftemangel gibt.

Für Rahmat ist klar, dass man in Deutschland selbst agieren muss und nicht zum Ziel kommt, wenn man selbst nichts macht, sondern abwartet. Er versucht, andere Geflüchtete davon zu überzeugen, selbst aktiv zu werden, sich eine Arbeit oder eine Ausbildung zu suchen und Prioritäten für das eigene Handeln zu setzen. Rahmat weiß: Das Motto „von nix kommt nix“ fasst das Leben in Deutschland gut zusammen.

„Von nix kommt nix.“

Rahmat, seit 2015 in Oberhausen

Rahmat freut sich, dass er inzwischen gut integriert ist. Heute weiß er, dass ihn die manchmal stark fordernde Unterstützung der Integrationshelfer ans Ziel gebracht hat. Er hat deutsche Freunde und versteht es, deutsche und afghanische Kultur zu vereinen. So freut er sich auf Weihnachten, um mit den Kindern Weihnachtslieder zu singen. Derzeit macht Rahmat seinen Führerschein und lernt Gitarre spielen.

Nach sechs Jahren Integrationsarbeit gibt Rahmat der Gesellschaft etwas zurück. Er zahlt Steuern und in die Sozialsysteme ein und macht einen Job, in dem viele Arbeitskräfte fehlen. Zusätzlich unterstützt er andere Geflüchtete und hilft gelegentlich bei der Oberhausener Tafel. Rahmat hat auch wieder Kontakt zu seiner Familie, die derzeit in Kabul lebt. Diese Personen können nicht arbeiten, sondern müssen sich vor den Taliban verstecken. Die Familie lebt ausschließlich von dem Geld, das Rahmat und weitere Unterstützer in Deutschland aufbringen und dorthin senden.

*Peter Holtkamp ist Unternehmensberater. Seit 2015 unterstützt er ehrenamtlich Geflüchtete durch Schulungen und durch Hilfestellungen in vielen Lebensbereichen.*

*Kontakt: integrationsprojekte@kapellen115.de*

### Impressum

Herausgeberin:  
 Stadt Oberhausen  
 Landesprogramm NRWeltoffen  
 Mülheimer Straße 8 · 46049 Oberhausen

Redaktion: Clemens Heinrichs, Dirk Paasch,  
 Claudia Stein, André Wilger

Gestaltung/Satz: schnugmedia, Oberhausen  
 Auflage: 100.000 Exemplare

Fotos/Zeichnungen: schnugmedia, Friedensdorf International, Achille Abboud, Alexander Häusler, Lühr Koch, Stadtarchiv Oberhausen – Bestand Ruth Gläser, WAZ (26.08.1992), NRZ (26.8.1992), Gedenkhalle Oberhausen, Angelika Krings, Peter Holtkamp, Dirk Paasch, Friedemann Bringt, Alevitische Gemeinde Alt-Oberhausen und Umgebung, Jakob Studnar, Clemens Heinrichs, Piero Masztalerz, Felix M. Steiner, Klaus Offergeld, Andrew Matthews/PA Wire/dpa, Julia Koch (AWO), André Wilger, Roma-Integrations-Zentrum Oberhausen, Carsten Walden, Sarah Kaule, Jakob Straka-Wilger

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Stadt Oberhausen oder des Landes Nordrhein-Westfalen dar. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der Autorinnen und Autoren dar.

Gefördert von



durch das Landesprogramm



Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen



### Gemeinsam für Toleranz

#### Vielfalt ist meine Heimat

Frisch beklebt fuhr die Straßenbahn der Linie 112 einige Wochen durch Oberhausen. Die Bahn machte Werbung für die Kampagne „Vielfalt ist meine Heimat“ des Integrationsrates der Stadt Oberhausen. Etliche Institutionen haben sich dieser Initiative bereits angeschlossen. Eine Erfolgsgeschichte in Oberhausen, der Wiege der Vielfalt.



## FRIEDEN LERNEN, UM FRIEDEN ZU SCHAFFEN

von Rebecca Proba,  
 Mitarbeiterin des Friedensdorfes

**Das Friedensdorf und Oberhausen: das gehört für viele Menschen aus der Umgebung fest zusammen. „Die holen doch die Kinder zur medizinischen Behandlung aus Afrika und Asien“ – so oder so ähnlich würden wohl viele auf die Frage antworten, was das Friedensdorf denn eigentlich tut. Auch wenn die Antwort grundsätzlich richtig ist, so geht aus ihr nicht hervor, was die Arbeit des Friedensdorfes umfasst und welche vielfältige Rolle es im Oberhausener Raum spielt.**

1967 – in Vietnam tobt ein verheerender Krieg, der täglich unzählige Opfer fordert. Gleichzeitig wird im Nahen Osten ein weiterer Kriegsschauplatz entfacht, wenn dieser auch nach sechs Tagen wieder beendet ist. Zu den größten Leidtragenden solcher Auseinandersetzungen zählen immer die unschuldigsten Opfer von Kriegen: die Kinder. Genau dieser Gedanke beschäftigte damals auch die Schmachtdorfer Gemeinschaft um Pfarrer Fritz Berghaus, die von den medialen Eindrücken aus den damaligen Kriegsgebieten dieser Welt erschüttert wurden. So bildete sich die Bürgerinitiative „Kinder in Not Oberhausen e.V.“ und nur wenige Zeit später – damals nicht nur mit einem anderen Vereinsnamen, sondern noch in Zusammenarbeit mit terre des hommes-Gruppe Oberhausen – kamen die ersten vietnamesischen Kinder zur medizinischen Behandlung ins Friedensdorf, bis sie wieder gesund nach Hause zu ihren Familien gebracht werden können.

Es ist eine Geschichte, die tief mit Oberhausen verbunden ist, was in erster Linie auf den Standort selbst zurückzuführen ist. Was das Friedensdorf jedoch ebenso in Oberhausen verwurzelt, sind all die hiesigen unterstützenden Hände und Köpfe – seien es die Gründenden, Kirchengemeinden, Einwohner:innen oder gar die damalige Oberbürgermeisterin Luise Albertz, die außerdem erste Vorsitzende des Vereins wurde.

Bis heute verbindet das Friedensdorf wesentlich mehr mit Oberhausen, als lediglich die Lage sei-

nes Vereinssitzes, sondern sein Bezug zu den Menschen in und rund um Oberhausen.

### DREI ARBEITSBEREICHE FÜR DEN FRIEDEN

Seit der Gründung Ende der 1960er-Jahre hat sich im Friedensdorf vieles getan, viele Erfahrungen wurden im Laufe der Jahrzehnte gemacht – seien es positive oder negative. Auch die Arbeit der Organisation hat sich im Laufe der Zeit erweitert. Der erste und si-

„Schuld sind niemals die Kinder.“

Ronald Gegenfurtner  
 (1951–2009),  
 Friedensdorf International

cherlich auch bekannteste Arbeitsbereich erwuchs ganz direkt aus dem Gründungsgedanken heraus: Kinder aus Kriegs- und Krisengebieten sollen hier in Deutschland eine medizinische Behandlung erhalten, um anschließend in ihrer Heimat bei ihren Familien die Chance auf eine gesunde Zukunft zu erhalten. Heute gehört Vietnam nicht mehr zu den Gebieten, die im Rahmen der medizinischen Einzelfallhilfe angesteuert werden. Länder aus dem zentralasiatischen Raum sowie aus Afrika – darunter bspw. Afghanistan oder Angola – sind heute die Haupteinsatzgebiete von Friedensdorf International.

Bereits mit der Entstehung der medizinischen Einzelfallhilfe entwickelte sich währenddessen ein weiteres Standbein – die internationale Projektarbeit des Friedensdorfes. Der Gedanke des zweiten Arbeitsbereichs ist klar begründet: so hilfreich die Einzelfallhilfe auch ist, so ist sie letztendlich eine punktuelle Hilfe, die an den Umständen vor Ort selbst nichts verändert. Durch eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Menschen in den Projektgebieten – z.B. Kambodscha oder Usbekistan – soll Bevölkerung aus verschiedensten

Teilen der Welt bedarfsorientierte Hilfe geboten werden, um die (medizinische) Situation vor Ort zu verbessern.

Gleichzeitig stand auch schon bei der Gründung die Frage im Raum, inwiefern hier in Deutschland – ganz direkt auch in Oberhausen – etwas für den Frieden getan werden kann. Und so war die Kernfrage des dritten Arbeitsbereiches, des Friedensdorf Bildungswerkes, geboren.

### FRIEDEN MUSS GELERNT SEIN

„Etwas für den Frieden tun“ – was genau kann das bedeuten? Wenn man dieser Frage auf den Grund gehen möchten, muss zunächst verstanden werden, inwiefern der Begriff „Frieden“ zu verstehen ist. Ist Frieden etwa nur die Abwesenheit von Krieg?

deren Aktivitäten (wie z.B. Fußball spielen) angeregt. Eine Begegnung, die auf beiden Seiten nicht nur große Freude, sondern auch viel Interesse aufkommen lässt.

Womöglich beinahe unbemerkt werden bei der Begegnung soziale Fähigkeiten zur Empathie, zur Toleranz und zur Solidarität bei den Teilnehmenden gestärkt. Der Inhalt dieser besonderen Seminare beläuft sich jedoch nicht allein auf die Begegnung zwischen Kulturen, sondern geht weit darüber hinaus: ergänzt werden die Veranstaltungen durch praktische Workshops und Einheiten, die sich u.a. mit politischer Teilhabe, dem erfolgreichen Umgang mit Diversität oder der Auseinandersetzung mit sozialen Ungleichheiten beschäftigen. Am Ende eines jeden Seminars zeichnet sich so auf die Frage „Was kann jede:r von uns für den Frieden tun?“ eine bunte Skizze von

Friedensinitiative oder im Netzwerk Interkulturelles Lernen, um sich bei verschiedenen Aktionen gemeinsam für friedenspolitische Themen stark zu machen.

### FAMILIENBILDUNG: DEN WIRKUNGSKREIS AUSDEHNEN, DIE BILDUNGSARBEIT ERWEITERN

1987 erhielt das Friedensdorf Bildungswerk die staatliche Anerkennung als Einrichtung der Weiterbildung. Damit wuchsen nicht nur die Aufgabenfelder selbst, sondern vor allen Dingen auch die Anforderungen. Um neue Zielgruppen in die Bildungsarbeit einzubinden, wurden erste Angebote auch für junge Eltern und Familien entwickelt. Nach und nach bildete sich neben der politischen Bildung ein zweiter Schwerpunkt heraus: die Familienbildung. Somit etablierte sich das Familien- und Erwachse-



Die Antwort lautet ganz klar „Nein“, denn ansonsten würde der Anschein erweckt, dass dies der einzig anzustrebende Zustand wäre, um in Frieden zu leben. Fest steht: Frieden ist nicht nur mit einem Zustand zu beschreiben. Er ist ein Prozess, der in unseren Köpfen beginnt und sich in unseren Handlungen vollzieht. Es geht darum friedvoll miteinander umzugehen, Akzeptanz und Toleranz zu leben, empathisch zu handeln und schlussendlich die Würde eines jeden Menschen gleichermaßen zu schätzen und zu respektieren, damit ein friedvolles Miteinander gelingen kann.

Wie kann es aber gelingen, derartige Werte zu vermitteln, sie zu lernen und schließlich dazu anzuregen, sie auch aktiv zu leben?

Der Weg zu diesem Ziel wird beim Friedensdorf Bildungswerk auf eine besondere Weise im Rahmen von Begegnungsseminaren verfolgt. Zu den wichtigsten Bestandteilen dieser Seminare gehört die pädagogisch begleitete Begegnung zwischen den Teilnehmenden und den kleinen Patient:innen aus aller Welt. Dabei wird zu gemeinsamen kreativen Bastelaktionen oder an-

Handlungsmöglichkeiten, die im Plenum und in Anlehnung an das Erlebte erarbeitet werden. So werden Theorie und Praxis in außergewöhnlicher Form miteinander verbunden und Brücken für einen nachhaltigen Lerneffekt aufgebaut. Die Seminargruppen setzen sich dabei ganz unterschiedlich zusammen. Ob aus Ferienfreizeiten, Schul- oder Konfirmationsfahrten oder aus reiner Eigeninitiative. Jede:r ist willkommen!

Sich für den Frieden stark zu machen, kann jedoch auch auf eine ganz andere Weise geschehen: Zusätzlich engagiert sich das Friedensdorf Bildungswerk in verschiedenen, hiesigen Arbeitskreisen, darunter die Oberhausener

nenbildungsprogramm in und um Oberhausen.

Die Palette der Kursangebote ist breit gefächert: vom beliebten Prager-Eltern-Kind-Programm (PEKiP), über Fitness- oder Entspannungskurse, politische Bildung oder dem Trommeln mit einer Djembe bis hin zu Kursen rund um Themen wie Computer, Smartphone oder einem Treff für Senior:innen. Das besondere hieran ist, dass die Teilnahmegebühren zu einem großen Teil in die Hilfe für kranke und verletzte Kinder aus Kriegs- und Krisengebieten einfließen können, wozu die ehrenamtlichen Kursleitungen durch eine nur kleine Übungsleiterpauschale beitragen.

Betrachtet man die Bildungsarbeit des Friedensdorfes in seiner Gänze, so steht ein Ziel im Fokus: Menschlichkeit schaffen und bewahren, Brücken bauen und Menschen zusammenbringen.



Spendenkonto:  
 Stadtparkasse Oberhausen  
 IBAN: DE59 3655 0000 0000 1024 00